

Kampf der Arbeiterklasse und ihres Kampfes um den Sozialismus machen, indem sie die Umformung der Branchenverbände zu stärker und stärker zentralisierten Industriearbeitsorganisationen fordern, die einen tragfähigen Unterbau eines sich organisch entwickelnden Räte-Systems zur wirtschaftlichen Betätigung des Proletariats bilden sollen. Der Räteaufbau sei Kampforganisation für den Sozialismus und — nach vollendeter Entwicklung — Organismus der sozialistischen Wirtschaftsführung. Dieser Plan des Zusammenwirkens der beiden Organisationsformen entspringt Gedanken, denen kein Sozialist und kein Gewerkschaftler ausweichen kann. Seine Ausführung hemmt die Tagesaufgaben der Gewerkschaften nicht, bewahrt sie aber vor dem Ertrinken im Wust der Tagesfragen und führt sie zurück zum Mutterboden des Klassenkampfes, dem sie entbrochen sind und dem sie — gerade in Deutschland — ihre Werbekraft und Größe verdanken. Ist das erste, die volle Berücksichtigung der Erfordernisse des täglichen Lohnkampfes, für jeden Gewerkschaftler eine Selbstverständlichkeit, so ist das zweite, die Zurückführung der Gewerkschaftspolitik zum letzten Zweck jeder Arbeiterbewegung, zum bewussten Klassenkampf, eine Notwendigkeit — angesichts der revolutionären Situation sowohl als auch im Gegensatz zu der von den alten Vorständen gepflegten Taktik der Klassenharmonie.

Die Resolution gibt aber deutlich zu erkennen, daß der angestrebte organisatorische Umbau ein Prozeß ist, der sich in allmählichem Werden vollendet. Keiner von den Genossen, die auf der Tagung für die Umstellung der Taktik eingetreten sind, ist ein Anhänger der von einzelnen Kommunisten geforderten neosyndikalistischen Betriebsorganisationen, die, aus den Trümmern der zerfallenen Gewerkschaften heute im Sandumdrehen geschaffen, morgen vermöge einer besonderen Wunderkraft den Sozialismus herbeizuführen vermögen. Der neue Vorstand wird also mit der Gegnerschaft dieser Richtung ebenso zu rechnen haben, sich gegen ihre Zerplitterungsversuche ebenso zu wenden haben, wie der alte, nur, wie wir glauben, mit mehr Erfolg, weil er diesen Strömungen keine so großen Angriffsflächen bietet, denn er ist nicht mit den Sünden der Kriegs- und der bisherigen Revolutionspolitik der Gewerkschaften behaftet.

Aber auch von der anderen Seite drohen Gefahren für die Einheit der Organisation. Der Verbandstag hat gezeigt, daß innerhalb der Metallarbeiterorganisation tiefe Gegensätze klaffen. Und es wäre Selbsttäuschung, wollte man annehmen, sie seien durch die Beschlüsse der Versammlung überbrückt worden. Die jetzige Minderheit, die noch immer eine relativ starke ist, sofern die Abstimmungszahlen auf dem Verbandstag einen sicheren Maßstab für die Stimmung in der Mitgliedschaft bieten, hat eine Niederlage erlitten, die leicht schmerzliche Nachwirkungen haben und die Minderheit in eine scharfe Opposition zur neuen Leitung treiben kann, wenn die Taktik des Vorstandes dazu einen Anlaß oder auch nur einen Vorwand geben sollte. Das wird behütet werden müssen. Es muß versucht werden, die Mitwirkung aller Kräfte zu gemeinsamer Arbeit auf der neuen Plattform zu gewinnen, wozu die Resolution zum Vorstandsbereich den Willen erkennen läßt und den Weg zeigt, indem sie sagt: „Innerhalb des Metallarbeiterverbandes ist den Mitgliedern im weitestgehenden Sinne das Mit- und Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten.“

Einen solchen Vorwand zu heftiger, den Keim der Spaltung enthaltender Fehde gegen den neuen Vorstand könnte die Trennung des Verbandes vom Gewerkschaftsbund und Abgehen zu dessen Taktik der Metallarbeiterverband durch den Verlauf des Verbandstages allerdings in scharfen Gegensatz geraten ist. Trotzdem würden wir die Trennung dieser oppositionellen Gewerkschaft von der Gesamtheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands für einen faktischen Fehler halten, genau wie die Auflösung der ehemaligen Opposition — der Verbandstag selbst beweist das — vom Gesamterverband ein Fehler gewesen wäre. Die in Stuttgart gefassten Beschlüsse hindern die weitere Mitarbeit des Metallarbeiterverbandes im Gewerkschaftsbund auch keineswegs, dagegen scheint man in den höchsten Gewerkschaftsinstanzen begierig auf einen solchen Schritt zu warten, wie ein etwas verfrühter Artikel im „Korrespondenzblatt der Generalkommission“, mit dem wir uns schon beschäftigt haben, zeigt.

Anders liegen die Dinge in der Frage der weiteren Beteiligung an den „Arbeitsgemeinschaften“. Der Verbandstag hat sie scharf verurteilt und eine weitere tätige Unterstützung dieser Institution durch den Metallarbeiterverband erscheint unmöglich.

Wir befinden uns mitten in der kapitalistischen Restauration, die den stetig wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse hervorrufen wird. Die industrielle Bourgeoisie sieht sich an, die Einbuße an Geltung auf dem Weltmarkt und an innerer Macht, die der Ausgang des Krieges und die Revolution ihr gebracht, weitzumachen. Sie braucht dazu „Ruhe und Ordnung“, das heißt, sie ist sehr empfindlich gegen jede Störung durch Arbeitseinstellungen größeren Umfangs.

Sie bedient sich vielerlei Mittel für ihren Zweck. Voran steht der Versuch, die Gewerkschaften zu gemeinsamen Bandeln mit dem Unternehmertum zu gewinnen. Sie verspricht ihnen dafür eine schiedliche Regelung der Lohnfragen durch Tarifverträge, ein verständnisvolles Eingehen auf „berechtigtere“ Forderungen. Die Unternehmer fordern dafür von den Gewerkschaften die Zustimmung zur Steigerung der Warenpreise nach jeder Lohnerhöhung, so daß das Bündnis zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ein Bündnis zur Ausbeutung der Konsumenten, also der Arbeiterklasse selbst wird. Diese Art der Wahrung der „gemeinsamen Interessen“ ist in vielen Arbeitsgemeinschaften bereits zur ständigen Praxis geworden.

Die Bourgeoisie strebt ferner nach einer Sozialgesetzgebung, die die Gewerkschaften auf das Verhandeln festlegt und das Ergebnis der Verhandlungen von vornherein bindend macht, weil die Bourgeoisie weiß, daß die Verhandlungen gemeinsame Arbeiterschaft am Verhandlungsplatz selbst der schwächere Teil ist. Obligatorische Schlichtungsgerichte auf der einen, Ruhbarmachung der Erwerbslosenunterstützung als Zwangsmittel, um die Riesenarmee der Arbeitslosen zum

Streikbruch zu pressen, auf der anderen Seite sind die Förderung des angestrebten Zweckes. Staatlich organisierte Streikbrechertruppen und Bewaffnete sollen bereitstehen, um die Unbotmäßigen zu züchtigen.

Die Resolution Müller kennzeichnet die Situation treffend, wenn sie sagt:

„Dieses Streben der kapitalistischen Gesellschaft hat die von jeder bestehenden Klassengegensätze und die dadurch bedingten Klassenkämpfe ins Unerhörte gesteigert und sie mehr und mehr zu reinen Nachkämpfen zwischen Arbeit und Kapital umzuwandeln lassen.“

Nicht minder wahr ist die Schlussfolgerung, die die Resolution aus dieser Erkenntnis zieht, indem sie betont:

„Diese Klassengegensätze und Klassenkämpfe durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeit und Kapital zu überbrücken, ist ein Versuch, der nur Bewirkung in die Reihen der Arbeiter trägt und den erforderlichen Klassenkampf unterbinden muß.“

Damit aber werden die Arbeitsgemeinschaften zu einer Stütze für das Kapital, und wenn Legion auf dem Verbandstag sagte, sie seien es nicht, sondern nur „die logische Fortsetzung der bisherigen Gewerkschaftspolitik“, so hat er durch diese Gleichstellung nur ein scharfes Urteil gegen die bisherige Gewerkschaftspolitik gefällt, ohne die Argumente der Gegner der Arbeitsgemeinschaft zu widerlegen.

Die Taktik der Klassenharmonie, die in den Arbeitsgemeinschaften ihren reinsten Ausdruck findet, steht in höchstem Gegensatz zu der auf der Sibittgarter Tagung beschlossenen Taktik. Sie ist ein Hindernis der klaren Erkenntnis der Klassengegensätze und des bewussten Klassenkampfes und ist unvereinbar mit ihm. Der Metallarbeiterverband ist durch die Stuttgarter Beschlüsse berufen, dem deutschen Proletariat voranzugehen im Kampfe gegen diese Taktik. Wie er die sich drängenden Fragen im einzelnen praktisch löst, wird dem Ermessen derer überlassen bleiben müssen, die den notwendigen tiefen Einblick in die besonderen Verhältnisse haben. Möglich wird dem Verbands diese Lösung und seine geistige Führerrolle jedoch nur, wenn er selbst geschlossen bleibt, und wenn er die organisatorische Fühlung mit den Arbeitermassen der anderen Produktionszweige nicht verliert.

Unabhängige und Sowjetregierung.

Nach Zeitungsberichten hat der Minister des Auswärtigen, Hermann Müller, am Donnerstag in der Nationalversammlung behauptet:

„Die Partei des Abgeordneten Geher war nicht immer für eine Verständigung mit Rußland. Die Volksbeauftragten einschließlich Gaase haben es abgelehnt, die diplomatischen Beziehungen mit Sowjet-Rußland aufzunehmen.“

In der Sitzung vom Freitag hat Herr Scheidemann eine ähnliche Behauptung aufgestellt. Demgegenüber stelle ich fest:

Wir waren immer für eine Verständigung mit Rußland und haben es niemals „abgelehnt“, die diplomatischen Beziehungen mit Sowjet-Rußland aufzunehmen. Wir haben im Gegenteil die Wiederaufnahme dieser Beziehungen sofort nach unserem Eintritt in die Regierung gefordert, konnten damit aber bei den rechtssozialistischen Kabinettsmitgliedern nicht durchdringen.

Die diplomatischen Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung waren kurz vor Ausbruch der Revolution von der Regierung des Prinzen Max von Baden abgebrochen worden, weil der Mord an dem deutschen Gesandten Grafen Mirbach in Moskau noch keine ausreichende Sühne gefunden habe, und weil Toffe, der russische Botschafter in Berlin, sich an der revolutionären Agitation gegen das alte Regime beteiligt habe, was als völkerrechtswidriger Mißbrauch seiner territorialen Stellung betrachtet wurde. Bei Ausbruch der Revolution lag Toffe an der deutsch-russischen Grenze fest. Gaase, Barth und ich traten im neu gebildeten Kabinett sofort dafür ein, Toffe die Rückkehr zu gestatten. Dagegen wandten sich Ebert, Scheidemann und Landberg, die vom damaligen Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Solf, inspiriert waren. Solf, der die Ausweisung Toffes veranlaßt hatte, fühlte sich persönlich engagiert und erklärte die Rückkehr Toffes für unmöglich, da er sich unter Verletzung seiner Pflicht zur absoluten Neutralität in die innerpolitischen Verhältnisse einmischen habe. Die rechtssozialistischen Kabinettsmitglieder schlossen sich diesem Argument an und betonten, es sei gleichgültig, in welchem Sinne Toffes Einmischung erfolgt sei, ein Gesandter müsse sich absolut neutral gegenüber den innerpolitischen Verhältnissen des Landes verhalten, bei dem er beauftragt sei. Das müßten gerade wir Sozialisten fordern, die wir das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes in seinen inneren Angelegenheiten grundsätzlich betonen.

Es kam bei diesen Auseinandersetzungen zu scharfen Kämpfeleien zwischen dem Staatssekretär Dr. Solf und dem Genossen Gaase. Eine Verständigung im Kabinett war nicht zu erzielen. Sie wurde auf äußerste Erschwernis durch Vertreter der Sowjetregierung selbst. In einem Ferngespräch, das ein Vertreter der Sowjetregierung in Moskau mit dem Genossen Gaase führte, und das von dem Fernschreibapparat des Auswärtigen Amtes gleichzeitig niedergeschrieben wurde, wurde mitgeteilt, daß Waeßande der Sowjetregierung unterwegs nach Deutschland seien, um hier in den Gefangenenlagern unter den frangösischen und englischen Gefangenen revolutionäre Propaganda zu treiben. Solf, Ebert, Scheidemann und Landberg war das ein erneuter Beweis für die Unmöglichkeit, mit der Sowjetregierung die diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen zu können. Ihre Vertreter würden Deutschland sofort in den schwersten Konflikt mit der Entente bringen, die in der revolutionären Agitation unter den Ententegefangenen eine Verletzung des Waffenstillstandsvertrages sehen würde. Dazu kamen ferner die öffentlich aufgestellten, unbestreitbaren Behauptungen Toffes über die von ihm angeblich an deutsche Genossen gerichteten Geher, Behauptungen, die es uns drei unabhängigen Kabinettsmitgliedern in seiner Situation ganz unmöglich machten, mit unserem Verlangen durchdringen, die diplomatischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland sofort wieder aufzunehmen. Wir mußten uns wohl oder übel vorläufig mit dem oecenenen Rußland abfinden, haben aber

erklärt, daß wir sowohl die baldige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wie die Verfestigung freundschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse zu Sowjet-Rußland für absolut notwendig hielten. Bald darauf erfolgte unser Ausschcheiden aus der Regierung.

Wilhelm Dittmann.

Ungültigkeitserklärung eines Nationalversammlungsmandats.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für Wahlprüfungen beantragt, das Mandat unseres Genossen Simon-Kürnberg für ungültig zu erklären. Als Grund wird angegeben die angebliche Terrorisierung rechtssozialistischer Flugblattverteiler. Die Rechtssozialisten seien im Schwesfurter Bezirke mit Gewalt an ihrer Propaganda gehindert worden. Man hätte sie gezwungen, unabhängige Stimmzettel und Flugblätter zu verteilen während man ihnen das Wahlmaterial der eigenen Partei abgenommen hätte.

Der wirkliche Grund für diese Vorfälle ist in dem schändlichen Vorbruch der Rechtssozialisten zu suchen, die ein Abkommen mit der unabhängigen sozialdemokratischen Organisation brachen, nachdem diese es bis zum Wohlgefallen beobachtet hatte. In der Erregung über diese Handlungsweise mag es dann an einzelnen Stellen zu heftigen Zusammenstößen gekommen sein, die aber keinesfalls den Beschluß des Ausschusses rechtfertigen, die gemalten für die U. S. V. im Schwesfurter Bezirk abgegebenen Stimmen — es sind 6336 — zu kassieren und damit das Mandat des Genossen Simon.

Schließt sich das Plenum der Nationalversammlung dem Ausschussantrage an, so rückt ein Rechtssozialist an Simons Stelle.

Schulmeistereien.

Das Betriebsrätegesetz hat durch die Kommissionsberatungen eine weitere Verklammerung erfahren. Die bürgerliche Mehrheit der Kommission hat die Bestimmungen des Gesetzes, die eine Abberufung der Betriebsräte vorsehen, abgelehnt. Dem Betriebsrat sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich einzuarbeiten, um so die Führereigenschaften zu erobieren, die zum Wesen der Demokratie gehören. So lautet die Begründung für diesen neuen Streich gegen die Betriebsdemokratie. Kadenscheiniger konnte sie nicht gut sein, denn es ist ganz selbstverständlich, daß die Arbeiter eines Betriebes den Betriebsrat niemals aus bloßer Freude am Wählen oder aus anderen kindischen Reigungen, sondern nur aus schwerwiegenden Gründen abberufen würden. Die Geschichte der Gewerkschaften und die Stellung und Behandlung der Vertrauensmänner beweist das. Aber wenn Gesetze für Arbeiter — oder gegen sie — gemacht werden, dann fühlen sich die Regierer aller Formate, die großen wie die kleinen, noch immer als die Schulmeister, die ungezogene Kinder zu erziehen haben. Es ist dringend notwendig, daß die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes, in denen wir einen unentbehrlichen Bestandteil der Betriebsdemokratie sehen, durch die Plenarberatungen wiederhergestellt werden.

Einklebung der Zudererzeugung?

Neben dem Lieferstreck der Landwirte, der Beschaffung der inländischen Getreidewirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, droht jetzt auch eine schwere Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung mit Zuder. Die Ernte an Zuderrüben bleibt jedoch hinter den Erwartungen zurück, der Zudererhalt der Rüben ist aber groß, so daß trotz vermindertem Anbaufläche zweifellos die Möglichkeit besteht, den Bedarf der Bevölkerung an Zuder zu decken.

Jetzt weigern sich aber die Landwirte, die Rüben zu dem Höchstpreis von 4,50 M. pro Zentner an die Fabriken abzuliefern und verbrauchen sie zur Fütterung des Viehs. Sie verlangen die Erhöhung des Rübenpreises auf 6 M. pro Zentner. Unterjocht werden sie in ihrem Verlangen nach höheren Preisen von den Zuderfabriken. Diese sind zu einem guten Teile gleichfalls Rübenproduzenten. Sie verlangen für sich eine Erhöhung des Rohzuckerpreises, der im Vorjahr 51 M. betrug, auf 65 M. pro Zentner, während ihnen nur eine Erhöhung um 2 M. zugestanden wurde. Deshalb wünschen sie den Rübenpreis auf 6 M. pro Zentner erhöht, um damit die verlangte Steigerung des Höchstpreises für Rohzucker begründen zu können. Weil sie eben teilweise selbst Rüben produzieren, trifft sie eine Rübenpreiserhöhung nicht im vollen Umfange; sie erhalten aber eventuell die verlangten Preisaufschläge auf Rohzucker.

Da die Regierung sie ihnen nicht in voller Höhe ihrer Forderung bewilligen will, wollen sie nun, wie die Agrarier, zum Lieferstreck, zur Störung der Zudererzeugung übergehen. Wo das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, ich webe in einer Reihe von Zuderfabriken erste Erwägungen über die Aufgabe des Betriebes. Man will die Fabriken ausschalten und den Rübenbau aufheben.

Auch diesem verdräckerischen Treiben, das bewirkt wurde, daß die Bevölkerung keinen Zuder erhält, oder nur eine noch wesentlich geringere Menge als bisher, stellt die Regierung latentis gegenüber. Sie wendet ja nur Gewalt an, wenn es gegen die Arbeiter geht, die Wünsche der Unternehmern hat sie bisher noch stets zu befriedigen gewöhnt.

Krumme Wege.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Auffallen muß es, daß die doch für Oberschlesien nicht unwichtige Nachricht von der schon Ende Oktober bevorstehenden Ankunft der ersten amerikanischen Truppen von der Regierung geheim gehalten wurde. Erst durch eine Publikation des Bundes der Oberschlesier-Werke und durch Meldungen aus dem Ausland ist die Nachricht von der Bestellung von Unternehmern für die ersten Amerikaner in Opava bekannt geworden. Von da aus nahm sie ihren Sturmlauf durch alle Wälder.

Kaum hatte die III. Marinebrigade davon gehört, als sie ebenso im Sturmsturm aus ihrem Quartier in den ober-schlesischen Wäldern wieder aufbrach und plötzlich wieder im ober-schlesischen Industriebezirk Quattier nahm. Und dies trotz der geradezu enormen Wohnungsnot in den dicht besetzten Industriebezirken. Merkwürdigerweise war die III. Marinebrigade, die man längst wieder in Berlin laßte, in ganz verfrühten Quartieren Oberschlesiens untergebracht worden. Zeugnisse und Truppenausposten nahmen also auch heute noch krumme Wege, obwohl wir nur noch zwei Minuten vor dem Weltkrieg stehen.

Heimliche Verdrehungen.

Sie suchen einen Prügelknaben.

Die V. P. R. teilen folgendes mit:

Ein Berliner Mittagsblatt brachte heute Mitteilungen über das Treiben von Agenten der russischen Freiwil- ligen-Westarmee in Berlin. Wie die „V. P. R.“ an zuverlässiger Stelle erfahren, ist seitens des Reichswehrmini- steriums sofort eine scharfe Untersuchung eingeleitet. Es ist nur zu bedauern, daß diese Vorgänge erst durch die Presse zur Kenntnis des Reichswehrministeriums gelangt sind, denn da- durch, daß die Beteiligten vorher gewarnt wurden, ist der Erfolg der eingeleiteten Schritte naturgemäß beeinträchtigt worden. Von besonderem Werte wäre es gewesen, das Bureau der Vertretung der russischen Freiwililigen-Westarmee, Karls- bad 6, ausheben und die dort Anwesenden festnehmen zu lassen. Als aber heute nachmittags Kriminalbeamte dort erschienen, fanden sie drei völlig geleerte Räume vor, in denen nur noch einige Papierreste herumlagen. Wie wir hören, hatte schon am 23. Oktober abends der unabhängige Ab- geordnete Cohn im Reichstage eine Unterredung mit Vertretern, die zum Zwecke der Ueberführung von deutschem Gees- gut nach Rußland in Berlin anwesend sind. Bedauerlicher- weise hat auch er unterlassen, diese Leute der maßgebenden Stelle zuzuführen. Nur dadurch, daß heute nachmittags ein Angehöriger des Reichswehrministeriums auf einen dieser Leute, der in russischer Uniform im Reichstage war, aufmerksam wurde, und sofort seine Vernehmung und die seines Begleiters bewirkte, ist es möglich geworden, wirksam zuzugreifen. Der Herr Reichswehrminister hat strenge An- weisung erteilt, daß sofort und mit allem Nachdruck dem verdäch- tigen Treiben derjenigen, die immer noch versuchen, die An- ordnungen der Reichsregierung zu durchkreuzen, ein Ende be- reitet wird.

Hierzu erfahren wir folgendes:

Genosse Dr. Oskar Cohn hat am Donnerstag nachmittags den Besuch eines Offiziers der russischen West- armee (Korps Graf Keller) und seines nichtmilitärischen Begleiters erhalten. Beide waren ihm bis dahin unbekannt. Er hat sogleich nach Beginn seiner Besprechung mit den beiden den gerade vorübergehenden Abgeordneten Scheidemann von dem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt, soweit er Genossen Cohn bekannt war. Scheidemann bemerkte dazu, daß ihn die Sache um so mehr interessiere, als er im Begriff sei, eine ähnliche An- gelegenheit mit Herren von der Regierung zu besprechen. Gegen Abend hat Genosse Cohn mit dem Minister Dr. David auf dessen Wunsch gesprochen. Dr. David teilte dabei mit, daß der Minister Roske von der Sache durch Scheidemann soweit unterrichtet sei, als Scheidemann selbst etwas davon gewußt habe. Abends gegen 8 Uhr sprach Ge- nosse Oskar Cohn mit Minister Roske, der ihn in der Nähe des Fraktionszimmers der Unabhängigen Frak- tion aufsuchte. Genosse Oskar Cohn wiederholte gegenüber Roske die dem Minister David bereits gegebene Zusage, spätestens im Laufe des Freitag Roske die Einzelheiten der Besprechung mit dem Offizier und dessen Begleiter mitzu- teilen, und er bemerkte Roske gegenüber ausdrücklich, daß er die Besprechung noch nicht beendet habe. Er teilte aber Roske mit klaren Worten mit, daß der Offizier seine Anweisungen im Bureau Am Karlsbad 6 empfangen und sich nach Mitteilungen des Offiziers dort russische und deutsche Offiziere aufhielten. Uebrigens ist das Bureau Am Karlsbad 6 wiederholt in der Rationalversammlung und in der „Freiheit“ dem Minister Roske als die Zentrale der Werbungen und der Geschäftsführung für die russische Westarmee genannt worden. Er hätte also längst Zeit gehabt, das Abenteuerlust auszugeben.

Die Mitteilung der Einzelheiten an den Minister Roske erledigte sich am Freitag deshalb, weil sie zum großen Teil in der „Neuen Berliner Zeitung“ veröffentlicht wurden. Ge- nosse Oskar Cohn steht dieser Veröffentlichung völlig fern. Er weiß nur, daß er den Offizier und dessen Begleiter durch den Gewährsmann der „Neuen Berliner Zeitung“ kennen gelernt hat.

Wir bemerken hierzu noch folgendes:

Die Darstellung der „zuständigen Stelle“, hinter der ohne Zweifel das Reichswehrministerium steht, soll den Eindruck erwecken, als ob durch die Schuld des Ge- nossen Oskar Cohn die Aufhebung der Werbezentrale hinter- trieben worden sei. Diese Darstellung würde den Vorwurf in sich schließen, daß Genosse Cohn entgegen seinen wieder- holt ausgesprochenen in der Rationalversammlung gegen die konterrevolutionären Unternehmungen im Baltikum diese Dinge indirekt unterstützt habe. Nach der von uns ge- gebenen Darstellung, die nicht entkräftet werden kann, ist der offizielle Vorwurf nicht anders als eine Schamlosigkeit und eine Unverschämtheit zugleich zu bezeichnen.

Unzählige Male ist in der Rationalversammlung und in den Veröffentlichungen der „Freiheit“ das Haus Am Karls- bad 6 als einer der Mittelpunkte der konterrevolutionären Unternehmungen im Baltikum bezeichnet worden. Es hat dabei an Einzelheiten und an beweiskräftigem Material nicht gefehlt, so daß es dem Reichswehrministerium schon seit Mo- naten möglich gewesen wäre, dieses Intrigenstück auszuheben. In dem vorliegenden Falle ist Herr Roske aber schon am Donnerstag persönlich von dem Treiben der russischen Reaktionen in Berlin unterrichtet worden. Es ist daher eine Lüge, wenn in der offiziellen Mitteilung behauptet wird, daß das Reichswehrministerium erst am Freitag nachmittags die Möglichkeit gehabt habe, in wirk- licher Weise zuzugreifen.

Es steht vielmehr fest, daß monatelang die deutsche Regie- rung und insbesondere das Reichswehrministerium von und über die Werbetätigkeit für die russischen Reaktionen unter- richtet worden ist, daß es ihnen aber an dem Willen ge- fehlt hat, um diesem Treiben entgegenzutreten. In

dem heutigen Einzelfalle steht weiter fest, daß das Reichs- wehrministerium, selbst wenn es jetzt den Willen dazu ge- habt hätte, das Intrigenstück auszuheben, die Schuld daran trägt, daß die russisch-deutschen Intriganten rechtzeitig ihr schmutziges Nest räumen konnten. Und in dieses Bild paßt es freilich, daß Genosse Cohn, der sich um die Aufklärung dieser Dinge mit besonderem Eifer bemüht hat, von der zu- ständigen Stelle mit einer so schamlosen Verdächtigung be- lohnt wird.

Der Streik der Metallarbeiter.

Bericht der Streikleitung.

Kollegen und Kolleginnen! Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium schreiten lang- sam aber sicher fort. Um Ungerechtigkeiten zu vermeiden, sind Erklärungen, erneute Feststellungen und erneute Ladungen von Sachverständigen notwendig.

Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit gestalten sich ebenfalls sehr schwierig. Von uns wird wieder grundsätzlich verlangt, daß sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden und Maßregelungen nicht zulässig sind.

Die an sich schwierigen Verhandlungen werden noch dadurch erschwert, daß die Unternehmer erklären, die Löhne, die uns durch den Schlichtungsausschuß, der jetzt die Eingruppierungen vornimmt, zugesprochen werden, erst von dem Tage an zahlen zu wollen, an dem der Vertrag unterzeichnet sei. Demgegenüber müssen wir verlangen, daß ein bestimmter Tag festgesetzt wird, von dem an uns die durch Schlichtung zustehenden Löhne gezahlt werden. Nur, wenn diese drei Forderungen reiflos be- willigt sind, kann die Generalversammlung der Metall- arbeiter die Arbeitsaufnahme beschließen!

Diese Meinung ist uns in allen Streikerversammlungen der einzelnen Betriebe, wie auch in der Generalversammlung als die Meinung der streikenden Metallarbeiter bekannt geworden.

Kollegen, Kolleginnen der Metallindustrie! Haltet aus im Kampf! Ihr, die Ihr noch in der Arbeit steht, unterstützt die Streikenden und die Ausgesperrten! Haltet Euch bereit zum Ein- tritt in den Entscheidungskampf. Die Früchte des Kampfes werden wir uns durch die Hartnäckigkeit der Unterneh- mer nicht entreißen lassen. Wenn notwendig, werden wir noch einmal und nicht verzweifelnd an die gesamte Arbeiter- schaft Groß-Berlins appellieren.

Wir weisen noch darauf hin, daß von den Unternehmern immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, in den Siemens- werken hätten sich Streikbrecher gefunden. Wir stellen fest: von den 35 000 Siemensarbeitern haben sich ca. 150 bis 200 Obergelbe herausgegeben, den Streikenden in den Rücken zu fallen. Die morgens in die Siemenswerke Hineingehenden sind Angestellte des Werks. Solche Angestellte haben die Siemenswerke einige Tausend.

Das Metalloriel. Die Jänsehnerkommission.

Ankündigungen.

Heute vormittag 9 1/2 Uhr findet in den Sophienböden, Großer Saal die Sitzung der Obleute statt.

Sammlung für die streikenden Metallarbeiter. In der am Sonntag vormittag in den Sophienböden tagenden Versammlung des technischen Personals des Groß-Berliner Verkehrsverbandes wurde eine Zettelversammlung für die streikenden Metallarbeiter veranstaltet. Diese ergab einen Betrag von 644,48 Mark. Das Geld wurde an die Lokalkasse abgeliefert.

Tascher, Lager- und Transportarbeiter aus den Metall- betrieben Reinickendorf, Rosenthal und Umgebung. Sonntag vormittag 10 Uhr, im Schäferhaus, Reinickendorf, Neßbengstraße, Streik- und Mühlbrennerversammlung.

Dynamowerk, Siemens-Schuckert. Sonnabend, 1 Uhr, Be- trieberversammlung im Stadtpark Jungfernheide; dortselbst an- schließend Auszahlung der Streikunterstützung und Abgabe der Kontrollkarten zwecks Auszahlung der 10 Mark Extraauszahlung. Beurlaubte müssen um 10 Uhr im Streiklokal sein.

Siemens u. Halske „Blaswerk“. Sonnabend, 11 Uhr, Be- trieberversammlung im Stadtpark Jungfernheide. Funktionäre um 10 Uhr. Anschließend Auszahlung der Streikunterstützung für die vierte Woche.

Auerbremsse. Die Auszahlung der Extra- und Streikunter- stützung findet Sonnabend, 25. Oktober, von 9 bis 12 Uhr, in fol- genden Lokalen statt: Gruppe 1: bei August Beier, Haupt- straße 60; Gruppe 2 und 6 und Unorganisierte in Bellevue; Gruppe 3 und 4 bei Hof, Hauptstraße 85; Transportarbeiter bei Roski. Montag, 27. Oktober, Betriebsversammlung; Zeit wird noch bekanntgegeben.

Wählung! D. W. B., Augustlager. Am Montag nachmittag 2 Uhr Vertrauensmännerkonferenz bei Winkelfässer, Adolfsstraße. Dienstag vormittag 11 Uhr Betriebsversammlung in Hartmanns Brauerei, Schornweberstraße. Dasselbst Abgabe der Stempelkarte zum Empfang der Unterstützung.

Firma C. Lorenz, Tempelhof. Betriebsversammlung am Dienstag, vormittag 11 Uhr, Bodbrauerei. Daran anschließend Auszahlung. Die Mitglieder des Arbeiterausschusses treffen sich am Montag um 11 Uhr bei Reimer.

Bergmann, Rosenthal. Sonnabend um 11 Uhr Betriebsver- sammlung bei Bohne (Referent) und unterschreiben der Quittungen.

A. G. O., Kabelwerk Oberspree. Sonntag vorm. 9 Uhr, pünk- lich, Funktionärskonferenz in Körners Blumengarten, Oberspree- weide, Ostendstraße. Als Ausweis Funktionärskarte vom A. W. O. mitbringen. Die Kollegen und Kolleginnen, die die erste und zweite Streikunterstützung noch nicht abgehoben haben, können sie unter Vorlage der Streikkarte, am Montag in der Zeit von 10 bis 2 Uhr im Zentralstreiklokal Blumengarten, Oberspree- weide, vom Kollegen Romke abholen.

R. Stoll u. Co., Mariensfelde. Kollegen, die ihre Kontrollkarten abgegeben haben, müssen dieselben heute, Sonnabend, wieder ab- holen.

Orenstein u. Roppel, Spandau. Sonnabend mittag 12 Uhr bei Schwabe, Segelfelder Straße, Betriebsversammlung. Quittun- gen unterschreiben!

Die Notlage bei den Kumpferbänden.

Aus den Kreisen der Angehörigen der sogenannten Kumpf- verbände, d. h. derjenigen militärischen Formationen, die nicht von der Reichswehr übernommen sind, sondern nur die Auf- gabe haben, die alten deutschen Heeresverbände aufzulösen, wer- den uns zahlreiche bittere Klagen über eine geradezu erbärmliche Engherzigkeit übermitteln. So erhält ein verheirateter Mann mit einem Kinde monatlich die ungebühr- liche Summe von zweihundertachtzig Mark, wovon er sich aber auch noch vollständig selbst verpflegen muß. Falls er dagegen für seine Person militärische Verpflegung erhält, werden ihm von jener gewaltigen Summe noch über achtzig

Mark abgezogen, so daß ihm zum Unterhalt seiner Fa- milie ganze 100 Mark im Monat übrig bleiben. — Dringende Abhilfe tut hier nicht. Vor allem muß verlangt werden, daß die Angestellten dieser Kumpferverbände als Zivilangestellte und nicht als Soldaten behandelt werden. Denn daß alle Heer- ist seit dem 1. Oktober aufgelöst, und ist damit jeder Begriff „Soldat“ für einen nicht der Reichswehr angehörenden — die Kumpferverbände gehören, wie gesagt, nicht hierzu — ein, Un- ding.

Der Wiederaufbau Nordspaniens.

Nachdem, wie zu erwarten war, ein aus sozialistischen Kreisen stammender Reichskommissar für den Wiederaufbau ernannt ist und zur Zeit mit den Kommissionen in Versailles in geheimen Verhandlungen die Interessen seiner großkapitalisti- schen Freunde wahrnimmt, ist das vorbereitende Reichswirtschafts- ministerium mit der Organisation einer bürokratischen Wieder- aufbaubehörde beschäftigt, in der Güntlingswirtschaft, Affektoris- mus und Offizierverjüngung die in Preußen bewährte Richtschnur bilden. Eine neue Denkschrift versucht, für diese Organi- sation Vorschläge zu machen. „Auf Grund der Erfahrungen, die während des Krieges mit der Verwendung organisch zusammen- gefogter Kaufmann auf dem Kriegsschauplatz gemacht wurden“, hat ein Hauptmann im Generalstab und Kommandeur der Be- setzung Carl Schinnerer, eine Arbeit verfaßt.

Wenn man sie sich ansieht, so fällt einem zunächst auf, daß in der Hauptsache Material aus der Tätigkeit der Bauleitung Mark zusammengetragen ist, das für den vorliegenden Zweck lediglich umgemodelt ist. Der Kern der Arbeit läßt jedes System vermissen. Er ist ein Komplex von 129 Anmerkungen, die wahllos zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen. Der Verfasser hat selbst in einer einleitenden Anmerkung den Wert der Denkschrift gekennzeichnet, indem er sagt, daß die Denkschrift keinen An- spruch auf sorgfältige Durcharbeitung mache, daß sie im Gegen- teil nur durchaus mangelhaft sei.

Hervorgehoben sei, daß der Verfasser für das sogenannte erste Entwicklungsstadium des Wiederaufbaus für den Selbst- lohnvertrag des Unternehmers eintritt, dessen Auswüchsen durch ein genau eingearbeitetes Rechnungsfunktionärpersonal gesteuert werden soll. Wozu das unnötige Kontrollpersonal, wenn bei Staat selbst unter Ausschaltung des Unternehmers arbeiten kann? Es gilt wiederum lediglich die Stellung der Unter- nehmer, die überhaupt kein Risiko bei dem Wiederaufbau haben, zu konvertieren.

Streikandrohung der Agrarier.

In seiner Generalversammlung am 18. Oktober beschloß der „Schlesische Landbund“ eine Resolution, in der es heißt: „Der Ausschuh wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, den Handel der Schweine, möglichst sofort, spätestens aber vom 15. Dezember 1919 ab, freizugeben, widrigenfalls die Landwirtschaft keinerlei Anordnungen betreffend Schweineer- schaffung befolgen wird. Bei Verstößen für Ueberschreitung der Gesetze wird die geschlossene schlesische Landwirtschaft sich Milch- und Fleischlieferung einstellen.“

Und an anderer Stelle wird gesagt: „Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß der Landwirt nicht mehr gesonnen ist, sich eine weitere Zwangswirtschaft in Milch und Fleisch gefallen zu lassen.“

Gibt es keine Soldaten und Raschmengewehre, keinen Be- lagerungszustand gegen diese schamlose Gesellschaft, die aus nie- driger Profitgier dem Volke mit der Aushungierung droht!

Einstellung der Gasabgabe in München.

München, 24. Oktober.

Nach Mitteilung der Direktion der städtischen Gasanstalt muß infolge der fast völligen Störung der Kohlenzufuhr die Gas- abgabe von heute, dem 24. abends bis auf weiteres eingestellt werden.

Infolge der Stilllegung des Gaswerkes befindet sich nahezu die ganze Stadt während der Nacht im Dun- keln, da nur in den Hauptstraßen elektrische Straßen- beleuchtung eingeführt ist. Es wird versucht, in einer An- zahl von Straßen elektrische Notbeleuchtung anzulegen. Der Hauptnotstand aber, der darin besteht, daß in den Woh- nungen mit Gas nicht mehr gekocht werden kann, und daß die Wohnungen völlig im Finstern liegen, wird sich kaum beheben lassen. Der Direktor der Gaswerke ist in das Sperrgebiet gefahren, um dort Kohlen- sendungen für München zu erwirken.

Schweres Eisenbahnunglück in Oberpfalzen.

Heute früh um 6 Uhr 7 Minuten ist in Kilometer 605 der Strecke Ratibor—Troppau in Weiche Nummer 3 der von A ucheina einsehende Personenzug Nr. 1002 dem im Bahnh- of Kanowit haltenden Güterzug 8001 in die Flanke ge- fahren. Der Personenzug des Personenzuges Nr. 1002 und zwei Abteile der vierten Wagenklasse desselben Zug-8 wurden in ein- ander geschoben und gerieten in Brand, desgleichen noch ein Wagen der zweiten und dritten Klasse. Wäher wurden 10 ver- storbene Leichen geborgen. Etwa 60 Personen sind schwer verletzt, 18 leicht verletzt. Die beiden Lokomotiven sowie drei Wagen vom Güterzug wurden stark beschädigt. Der große Um- fang des Brandes ist hauptsächlich auf den durch die Reisenden mitgeführten geschmuggelten Spiritus zurückzuführen. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Beuthen, 24. Oktober.

Die Zahl der Opfer der Eisenbahnkatastrophe von Kramowitz hat sich auf 40 erhöht, indem ein größerer Teil der Schwere- verletzten seinen Wunden erliegen ist; auch die Zahl der Leicht- verletzten ist bedeutend größer, als zuerst angegeben wurde, da viele sich von der Unfallstätte entfernten, ohne ärztliche Hilfe in An- spruch zu nehmen. Eine Feststellung der Verunglückten ist viel- fach unmöglich, da sie meist vollständig verfault sind. Es handelt sich hauptsächlich um Einwohner des oberpfälzischen Industriebezirks und der Ratiborer Umgebung.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 48 der unabhängigen sozialdemo- kratischen Wochenchrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Unsere Einigungspartei von Eugen Prager; Aus der Geschichte der sozialistischen Internationalen von Arthur Caspary; Die Lohnfrage in der Uebergangszeit zum Sozialismus von K. Stein; Schule und Volksbildung in den so- zialistischen Staaten von G. Krab.

Karikaturen von George Grosz

FREIEWELT

Kommunistische Spaltungsversuche.

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ veröffentlicht einen mit W. Markowski unterzeichneten Brief an Bucharin und Tschickserin, der einem auf der Reise von Deutschland nach Sowjetrußland befindlichen Kurier der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands an der litauischen Grenze abgenommen worden ist. In dem Briefe heißt es:

„Hierbei lenke ich nochmals Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß bei der Beurteilung und den Verhandlungen mit den Unabhängigen eine scharfe Trennung zwischen den Unabhängigen Hilferding-Gaase und Däumig-Müller zu machen ist. Letztere Strömung kann man fehlerlos kommunistisch bezeichnen, und wenn sie irgendwie mit den offiziellen Führern der Kommunisten auseinandergibt, so nur in der Taktik und Methode der Erlangung ihrer Ziele — der Diktatur des Proletariats mit Hilfe der Rätemacht. Nach dem Ausscheiden der Scheidemänner und Demokraten aus dem Berliner Volksgedrat hat ein offener Kampf zwischen den Kommunisten und Unabhängigen begonnen. Ich füge hinzu, daß im Berliner Rat die Unabhängigen alle zur Strömung Müller-Däumig gehören und vom irgendeinem Einfluß Gaase-Hilferding keine Rede sein kann. Viele Mitglieder der kommunistischen Partei, und ebenso die Mehrzahl der Mitglieder der Fraktion der kommunistischen Partei des Berliner Rats haben ihre Unzufriedenheit mit der Taktik der J. K. (Kommunistischen) Partei zum Ausdruck gebracht, die mit der gesamten unabhängigen Partei Kampf führt, ohne zwischen Gaase und Däumig zu unterscheiden. . . Mir persönlich scheint es, daß die Bewegung in Deutschland durch eine Herbeizurücknahme der Tätigkeit der Kommunisten mit den linken Unabhängigen und eine Bekämpfung des Kampfes mit der unabhängigen Partei nur gewinnen kann. Das schließt natürlich nicht den Kampf gegen die Strömung Gaase-Hilferding aus. Dieser muß fortgesetzt werden. Däumig und Müller, die selbst gegen sie kämpfen, schaffen dadurch eine Plattform, auf der eine Verständigung herbeigeführt werden kann. Die zu Ihnen kommenden Genossen wollen sich mit Ihnen beraten, ehe sie einen Beschluß fassen.“

Uns ist die Absicht kommunistischer Kreise (nicht nur deutscher) durch Ausspielen des sogenannten linken Flügels der U. S. V. gegen die Gesamtpartei Uneinigkeit in unseren Reihen zu schaffen, bereits seit einiger Zeit bekannt. Nachdem es der kommunistischen Partei nicht gelungen ist, wie es auch in Moskau erdortet und gewünscht worden war, die Unabhängige Sozialdemokratie im offenen Kampf zu vernichten, soll jetzt der Versuch unternommen werden, sie von innen heraus zu sprengen. Man fühlt sich zu schwach, die gesamte Partei anzugreifen, und möchte daher zuvor ihre Kräfte spalten, um dann mit den gespaltenen Teilen um so leichter fertig zu werden. Für die kommunistische Partei Deutschlands ist das eine Lebensfrage. Die Partei ist in Heringsbegriffen; der parlamentarisch-gewerkschaftliche Flügel, der mit revolutionärer Phrasologie den politischen und zum Teil prinzipiellen Rückzug verdecken will, steht mit dem anarcho-syndikalistischen in schwerem Konflikt. Ein Kampf nach außen würde diese Gegenläufe etwas in den Hintergrund drängen und außerdem, falls das Ziel erreicht ist, eine Verständigung oder Verschmelzung mit dem „linken Flügel“ der U. S. V. zu erreichen wäre, die parlamentarische Fraktion der Kommunisten erheblich stärken.

Aber nicht nur der innere Zustand der deutschen kommunistischen Partei drängt zu dieser Taktik, die Kommunisten folgen zugleich auch der Moskauer Lösung. In den Beschlüssen der Moskauer Internationale (2.—6. März 1919), die ja, wo sie auf die Unabhängige Sozialdemokratie zu sprechen kommen, im wesentlichen ein Katalog von Be-

schimpfungen sind, heißt es in einer Resolution über die Berner Konferenz:

„Das „Zentrum“ (Sozial-Pazifisten, Kautskyaner, Unabhängige) hat von Beginn des Krieges an auf „Einheit“ mit den Sozialdemokraten. Nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg predigt das „Zentrum“ weiterhin die gleiche „Einheit“, d. h. die Einheit der Arbeiterkommunisten mit den Führern der kommunistischen Führer Liebknecht und Luxemburg. . .

Es ist unbedingt erforderlich, die revolutionärsten Elemente vom „Zentrum“ abzuspalten, was nur durch schonungslose Kritik und Bloßstellung der Führer des „Zentrum“ zu erreichen ist.“

Mit dieser Lösung werden aber die deutschen Kommunisten, die jetzt in ihrer geradezu riesigen geistigen Unselbständigkeit in Moskau anfragen, ob sie sich als pfiffige Taktiker zunächst auf einen Teilkampf beschränken dürfen, in Zukunft nicht mehr Glück haben als bisher. Und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse Deutschlands für die spezifisch bolschewistischen Methoden keinen Boden abgeben und die Uebertreibung russischer revolutionärer Methoden auf Deutschland nur die Gegenrevolution stärkt, was bereits immer weitere Kreise der Arbeiter begriffen haben. Die deutschen Kommunisten sind heute in allen ihren Schattierungen nur ein Hindernis für ein erfolgreiches Arbeiten für die soziale Revolution. Ihre Versuche, die Unabhängige Sozialdemokratie, um die sich heute das sozialistische Proletariat Deutschlands gruppiert, zu schwächen, sind — praktisch — gegenrevolutionäre Arbeit, wie überhaupt ihre fortgesetzte Führung des Streites innerhalb des revolutionären Proletariats die Schwächung der Arbeiterbewegung zugunsten der Bourgeoisie bedeutet.

14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

10. Verhandlungstag.

Zunächst steht in der heutigen Sitzung der Rest des Berichtes der Rechnungs-Kommission zur Erledigung. Für die Bezirksleiter beantragt die Rechnungs-Kommission Erhöhung der Entschädigungen. Die Bücher sowie Kasse des Ausschusses sind in völliger Ordnung; die Rechnungs-Kommission beantragt Entlassung des Kassierers. Dem stimmt die Generalversammlung zu und erteilt dem Kassierer Entlassung. Als nächster Punkt steht zur Erledigung der

Bericht der Beschwerdekommision.

Ueber eine Beschwerde Lieberach-Weipzig kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Lieberach hat dem Vorstand wegen Verbreitung der Broschüre „Tatsachen“ den Vorwurf des Betrugs gemacht, wofür ihm eine Rüge erteilt worden ist. Bernide weist darauf hin, daß der Vorstand die Verbreitung nicht beauftragt hat und die Broschüre über die Grenze des Zulässigen hinausgingen. Die Beschwerdekommision ist nach Prüfung des Materials zu der Auffassung gekommen, daß die Rüge zu streng ist erteilt ist. Dem stimmt die Generalversammlung zu. In einer weiteren Beschwerde gegen Fromm-Weipzig, der beim Streik im Jahre 1917 der Kriegsmasse Leipzig Beiträge geleistet hat, kommt die Kommission zu der Auffassung, daß die Beschwerde zurückzuweisen ist. Gaase-Hilferding stellt fest, daß die in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichten amtlichen Dokumente nicht im vollen Wortlaut wiedergegeben sind und ferner nicht der Wahrheit entsprechen. Dem widerspricht Schilling-Weipzig. Er stellt weiter fest, daß es nicht richtig ist, wenn behauptet wird, Fromm sei von der Leipziger Ordervollziehung freigesprochen, es ist dort nur in Rücksicht auf die langjährige Tätigkeit des Kollegen von einem Ausnahmeverfahren Abstand genommen. Die Leipziger Ordervollziehung beantragt Fromm eine Rüge zu erteilen. Der Antrag, die Beschwerde zurückzu-

weisen, wird abgelehnt und der neue Antrag gestellt, die Sache an eine neue Untersuchungskommission zurückzuverweisen. Gaase wendet sich gegen diese Summation. Gaase stellt fest, daß dieses Verfahren allgemein üblich ist, Gaase gar keine Ursache zur Enttäuschung hat. Der Antrag wird mit 124 gegen 103 Stimmen angenommen.

Das Resultat der Abstimmung gibt Gaase-Hilferding Veranlassung zu der Erklärung, daß die Generalversammlung mit dieser Abstimmung ihrem Verhalten die Krone aufgesetzt hat; er habe noch nie einer Versammlung beigewohnt, die so skrupellos, so gewissenlos . . . (Unruhe, Juchaz: Pump!) Die weiteren Ausführungen gehen im Tumult verloren.) Die Vorwürfe werden als vollständig unterdrückt vom Vorsitzenden wie auch von Fromm zurückgewiesen.

Die letzte Beschwerde behandelt einen Berliner Fall. Ein ausgeschlossener Kollege beantragt Wiederaufnahme. Die Beschwerdekommision befürwortet diesen Antrag, und es wird demselben stattgegeben.

Hiermit ist der Bericht der Beschwerdekommision erledigt. Das Wort nimmt Bernide: Erneut und in verstärktem Maße treten Bestrebungen auf, unseren Verband zu zertrümmern. In Wort und Schrift wird der Austritt aus dem Verbände propagiert und die Parole ausgegeben: „Einigkeit in die Reichsorganisation.“ Von Seiten der Kommunisten wird dieser Standpunkt in aller Deutlichkeit vertreten. Doch auch die politische Käteorganisation, wie sie von Müller und Däumig vertreten wird, hält sich dieser Propaganda nicht fern. In Dresden sind mit der großzügigen Darstellung dieses Räubersterns Flugblätter verbreitet worden, die zum Austritt auffordern. Wir können mit dieser Art Unterwühlung unseres Verbandes unendlich einverstanden sein. Ich halte es für unbedenklich, daß jemand Mitglied einer Organisation sein und gleichzeitig für deren Zertrümmerung arbeiten kann. Um diesen Bestrebungen entgegenzuwirken, haben wir eine Resolution eingebracht, um deren Annahme wir bitten.

Die erste Vorbedingung für den Erfolg unseres Verbandes ist seine organisatorische Geschlossenheit und zahlenmäßige Stärke. Aus diesen Grunde hat die 14. Generalversammlung beschlossen, die Vereinigung aller in der Metallindustrie Beschäftigten mit ganzer Kraft zu fördern.

Diese Bestrebungen aber wird erschwert, wenn nicht ganz vereitelt, durch die Abspaltungsbemühungen sogenannter Sozialisten. Seit einiger Zeit wird in steigendem Maße von Mitgliedern aus auch von außerhalb des Verbandes stehenden Personen — Syndikalisten — in Wort und Schrift zum Austritt aus dem Verband und zur Gründung von Sonderorganisationen aufgefordert.

In Anbetracht dieser Tatsachen fordert die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Vorstand wie die Mitglieder auf, diesen Bestrebungen der Syndikalisten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wer solche Bestrebungen unternimmt, oder ihnen Vorschub leistet, ist als Schädiger der Verbandesinteressen zu behandeln. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und einer Konkurrenzorganisation sein. (Zur. Nummer, Bernide, Vorhölzer, Gaase.)

Müller, Berlin: Zunächst beantrage ich namens meiner Freunde, den ersten Absatz dahin umzuändern: „Die erste Vorbedingung für den Erfolg unseres Verbandes ist die neue Kampf- und Organisationsbasis, sowie seine organisatorische Geschlossenheit usw.“ Wir sind der Auffassung, daß der Erfolg einer Organisation nicht durch ihre Geschlossenheit und zahlenmäßige Stärke bedingt wird, sondern in erster Linie durch den Inhalt, den man dieser Organisation gibt. Wir haben durch unsere Erfahrungen zum 2. Punkt der Tagesordnung den Verband auf eine neue Organisationsbasis gestellt und glauben, diese neuen Ideen, diese neuen Gedanken werden und zum Siege verhelfen. Wir wissen, daß diese Frage innerhalb der U. S. V. noch nicht geklärt ist. Ein Teil der Kommunisten steht durchaus auf unserem Boden, die Organisation zusammenzuhalten. Bernide weist auf Flugblätter hin, die zum Austritt aus dem Verband auffordern und erklärte: sie sind verbreitet von der politischen Gruppe der Arbeiterkäte, Müller und Däumig. Hierzu kann ich erklären, daß gerade wir mit aller Schärfe gegen diese Bestrebungen gekämpft haben und noch ankämpfen, daß es dieserhalb in Berlin: Volksgedrat zu einem ersten Konflikt zwischen U. S. V. und U. S. V. gekommen ist. Hier gibt es für uns kein Votieren, hier heißt

Jimmie Higgins.

Roman von Hpton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

Die Erkundigungen wurden eingezogen; als Ergebnis wurde das Geld, welches Jerry Coleman für den „Arbeiter“ gestiftet hatte, ihm ruhig, unauffällig zurückgegeben. Doch wurde die Summe sogleich von den Deutschen der Ortsgruppe wieder eingebracht, da sie glaubten, das Ganze sei ein abgekartetes Spiel, um den Streik zu verhindern. Diese Genossen verachteten alle Gerüchte über „deutsches Geld“, fürten aber um so eifriger dem Einfluß des „russischen Goldes“ nach, das von Abel Granitz freigegeben und ohne Hehl verteilt wurde.

Das Endergebnis der ganzen Episode war, daß die Ortsgruppe des Kaisers Geld zurückwies und, ohne es zu wollen, gratis den Wünschen des Kaisers nachkam. Dies war wohl keine befriedigende Lösung der Frage, doch vermochte Jimmie Higgins zur Zeit keine bessere zu finden.

Die erste Nummer des „Arbeiter“ erschien. Tad Smiths Leitartikel nahm die ganze Titelseite ein und forderte die Empir-Arbeiter auf, die Gelegenheit zu benutzen, sich zu organisieren und ihre Rechte zu verlangen. „Nacht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden Ruhe!“ verkündete Genosse Tad. Der „Gerald“ und der „Courtier“ tobten über den Freiheitskämpfer des Journalismus, fügten alle Geschläge auf und brüllten: „Deutsche Propaganda!“ Der „Gerald“ hatte sich die Geschichte der bedeutamen Versammlung zu verjassen gewinkt, brachte auch ein Bildnis des „milden Will“ und ein Interview mit diesem Sacerden des Kapitalismus, nehmte jeden zum Bundesgenossen und heißte alle Mittel gut.

Der „Gerald“ behauptete, das Verhalten der Sozialisten dem „schamigen Geld“ gegenüber sei bloße Heuchelei. Tatsächlich nehmten die deutschen Mitglieder der Partei deutsches Geld und verwandelten es, indem es durch ihre gebeligen Hände geht, in sozialistisches Geld. So dies auch in der Versammlung angedeutet worden war, klagten die deutschen Genossen Norwood an, er habe die Bewegung an die kapitalistische Presse verraten. Der junge Advokat lachte ihnen ins Gesicht. „Neint ihr enn wirklich, ihr könnt in Leesville deutsches Geld annehmen, ohne daß die Sache ruhmbar wird?“

„Sie glauben also, daß wir tatsächlich deutsches Geld nehmen?“ brüllte Schneider und verlangte eine Antwort. Der andere wollte keine direkte Erwiderung geben, sondern erzählte eine kleine Parabel. „Ein mächtiger Baum wuchs auf einem Feld, seine Wurzeln breiteten sich weit in der Erde aus, und jede Wurzel verlangte nach Wasser. Auf dem Feld stand ein Mann mit einem Wasserkrug, er goß reichlich Wasser auf das Feld und das Wasser drang bis zu den Wurzeln hinab, und jede der noch Feuchtigkeits verlangenden Wurzeln streckte sich dem Wasser entgegen. Und Ihr fragt mich.“ „Ist es Norwood,“ ob ich glaube, daß der Baum begossen wurde?“

Das Durchschnittsmitglied der Gruppe, der schlichte, ehrliche Jimmie Higgins, welcher hungerte und sich abarbeitete, um seine Kasse aufzuklären, lauschte bekümmert und verwirrt. Ihn deuteten derlei Diskussionen ein Widerhall des furchtbaren Massenbasses, der Europa zerflechte, und es widerete ihm an, den Hiss und Hader der alten Welt im amerikanischen Industrieland wiederzufinden. Weshalb wollte man ihn hindern, den amerikanischen Arbeiter dem Zukunftsstaat entgegenzuführen?

„Weil“, beantworteten die Deutschen seine Frage, „der alte Granitz seine Munitionsklappen bespalten will.“ Und diese Erwiderung stellte die meisten zufrieden. Sie waren keine Pazifisten, die den tätigen Widerstand verwarfen; sie waren bereit, die Schlachten des Proletariats zu schlagen, wollten nur nicht in den Schlachten der herrschenden Klasse kämpfen. Sie wollten weiter arbeiten, wie sie es stets getan, sich gegen die Herren auflehnen und das Geschwätz über deutsche Agenten unbeachtet lassen. Jimmie Higgins glaubte — und er hatte vollkommen recht —, daß selbst, wenn es in Leesville keine deutschen Agenten gäbe, die Zeitungen diese erfunden hätten, um die Agitatoren in Rißredit zu bringen. Jimmie Higgins hatte sein ganzes Leben in einem Lande vollbracht, wo ihn die Herren knechteten, hungern ließen, und, falls er sich selbst zu helfen verjuchte, mit allen Waffen des Betruges und der Verleumdung bekämpften. Deshalb glaubte Jimmie, ein kapitalistischer Staat gleiche dem anderen, und ließ sich von den Mären über Kobolde, Hexen, Seeschlangen und deutsche Spione nicht einschüchtern.

Erstes Kapitel.

Jimmie Higgins kommt ins Gefängnis.

Abendlich hielt die Partei unter freiem Himmel eine Versammlung ab. Jimmie Higgins, der sich als Gehilfe

gemeldet hatte, schlang eilends sein Abendessen hinunter und eilte von Hause fort. Er gehörte nicht zu den Hedonern. Der Gedanke, eine Rede halten zu müssen, hätte ihn tödlich erschreckt. Doch war er einer von denen, deren Arbeit die Versammlung ermöglichte und die für die anderen die Ernte einbrachten.

Der Apparat der Versammlung wurde bei einem befreundeten Tischler aufbewahrt. Dieser hatte eine wunderbare „Tribüne“ verfertigt, eine auf vier Füßen ruhende Metallform, die zerlegt werden konnte, so daß ein Mann das Ganze zu tragen vermochte. Detari stand der Redner über den Häufern der Menge und hatte sogar eine Balustrade, an die er sich lehnen und auf die er (aber äußerst vorsichtig) losklagen konnte. Eine Petroleumlaterne befand sich über seinem Kopf und beleuchtete seine Füße. Jimmie war damit beauftragt worden, die Laterne zu putzen, zu füllen und auf einer Stange aufrecht zu halten. War er nicht damit beschäftigt, so verlas er „Literatur“ unter der Menge — den Leesviller „Arbeiter“ und vom Nationalbureau bezogene Flugblätter zu zehn und fünfzehn Cents das Stück.

Nachts kam Jimmie todmüde heim, schlief sofort an Rizzies Seite ein und wurde von ihr mit Mühe wachgerüttelt, wenn am Morgen der Reder aufgestellte. Dann brachte sie ihm eine Tasse heißen Kaffee, und nachdem er ihn getrunken hatte, war er wieder er selbst und erzählte von den Vorfällen des vorhergehenden Abends. Jemand etwas ereignete sich immer, ein Betrunkener machte sich mutscham bemerkbar oder etliche Söldlinge des alten Granitz verjuchten die Versammlung zu sprengen.

Rizzie tat ihr möglichstes, jene Teilnahme für die Lätigkeit ihres Mannes zu beweisen, die man von einer pflichttreuen Gatten erwarten darf. Doch lastete schwerer Kummer auf ihrer Seele — das ewige Leid des weiblichen Temperamentes, welches vorsichtig und konservativ ist im Augen mit dem abenteuerlustigen, zerstückenden männlichen Temperament. Da ist nun dieser Jimmie, der doppelt so viel verdient, wie je zuvor, und Gelegenheiten hat, seine Kinder ordentlich zu ernähren und zum erstenmal in seinem dürftigen Leben etwas zurückzulegen. Anstatt jedoch diese Gelegenheiten zu ergreifen, verdrängt er seine Abende auf der Straße, tut alles, um sich die goldene Chance zu verlieren, die ihm das Schicksal besetzt hat. Er gleitet dem Vorhaben, der auf einen Baum klettert, um einen Ast abzuzägen, sich aber auf den Ast setzt und zwischen sich und dem Baum läßt!

(Fortsetzung folgt.)

es: Klarheit! Aber glauben wir nicht, daß die höhere Organisationsform errögen können, ohne daß wir die bestehenden Gewerkschaften geschlagen, nein, indem wir sie auf eine andere Basis stellen und setzen, ob wir so nicht schneller dieses Ideal verwirklichen können. — Doch bei der Bekämpfung dieser Beschränkungen darf man nicht wüten wie das bekannte Tier im Porzellanladen; damit erreicht man heute gerade das Gegenteil. Wird die Abänderung angenommen, werden wir der Erklärung im eben ausgesprochenen Sinne unsere Zustimmung geben.

Wille: Der Herr, der die Resolution ist, daß in ihr kein Wort vom Inhalt der Organisation gesprochen wird, Sie sind sich einig, daß Sie Industrieverbände schaffen wollen, und sind sich letzten Endes auch über die Arbeitsgemeinschaften einig. Ich stelle den unabhängigen Gewerkschaften anheim, dafür zu stimmen, und kann es nur von Vorteil sein.

Haas: Herr Wille kann es sich leisten, ein Spiel mit Worten zu treiben. Wir hätten es gern gesehen, wenn Müller-Werlin noch zu dem bekannten Scherz: „Eben an die Leistung der U. S. B. etwas gesagt hätte. Für die Umänderung können wir eine Freundschaft nicht klammern; wir sind der Meinung, daß die Klärung über die neuen Wege noch nicht so weit fortgeschritten ist, daß sie in eine Resolution hineingebracht werden könnten.

Dihmann-Frankfurt: Ich betrachte die Situation in einzelnen Gebieten des Reiches durchaus als ernst. Die industriellen Betriebsformen haben einen Nährboden gefunden in der Kriegspolitik der Gewerkschaften. Der Ton der Resolution ist ein so abstrakter, daß daraus ein Begreifen der Situation nicht hervorgeht. Wenn die Opposition zustimmt, so muß festgestellt werden, daß sie dem Kern des ersten Abzuges zustimmt. Konsequenz müssen wir sein. Stehen wir auf dem Boden des Verbundes, wollen wir in ihm kämpfen, um eine Umstellung in unserem Sinne herbeizuführen, so kann es für uns nicht angehen, einer anderen Organisation Vorschub zu leisten. Zu dem angezogenen Brief an die Zentralleitung der U. S. B.: Darüber wird auf dem nächsten Parteitag der U. S. B. gesprochen werden müssen. Daß bei der Abgabe der Parteileitung getroffen. Es soll mit der Entscheidung nicht die U. S. B. als Partei gestroffen werden. Ringt ihr dort für eure Auffassung, wie ringen für die unsere.

Der Zusatz wird mit großer Majorität beschlossen. Die so abgeänderte Resolution wird gegen 12 Stimmen angenommen.

Als Delegierte für den internationalen Metallarbeiterkongress werden vorgeschlagen die Kollegen: Dihmann, Mich. Müller, Brandes, Siefert, Unterleitner, Schäfer, Reichel, Haas, Kummer. Die Generalversammlung nimmt diesen Vorschlag an.

Zur Festlegung des Tagungsortes der nächsten Generalversammlung liegt ein Antrag vor, Jena zu wählen. Der Antrag wird angenommen.

Hiermit ist die Arbeit des Verbandstages erledigt. Zum Schlusswort nimmt Brandes das Wort. Er spricht den Gruß der Kollegen für ihre Bemühungen, den Verbandstag über die Angelegenheiten der Zeit hinwegzubringen, den Dank der Generalversammlung aus. Wenn auf diesem Verbandstage die Meinungen hart aufeinandergeprallt sind, so ist zu verzeichnen, daß in diesem, geistigen Ringen die Auffassung zum Siege gekommen ist, die die Politik des alten Verbandes für eine einheitliche gehalten und beurteilt hat, die den Verband umstellen will auf den Boden des Klassenkampfes. Im Anschluß hieran sind bedeutungsvolle Beschlüsse grundsätzlicher Art angenommen worden, nach denen der Vorstand für die nächste Periode seine Arbeit einzurichten hat. Reiche Arbeit; in dem Vorstand aufgeführt worden; seine Mitglieder bringen den besten Willen mit, sie zu vollbringen. Der Metallarbeiterverband ist auf der ganzen Linie der Kampf angeht worden. Wir nehmen den Kampf auf; geschlossen werden wir kämpfen um die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir sind uns dessen bewußt, daß die deutsche Arbeiterklasse allein diese Arbeit nicht vollbringen kann. Die Annahme der Kundgebung für unsere russischen Brüder beweist, daß wir international handeln wollen. Das Müßigen zum Kampfe hat uns der Resolutions-Verbandstag mitgegeben. Zeigen wir, daß wir gewillt sind, den Kampf zum Sieg zu führen, zum Wohle der deutschen Arbeiterklasse, der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiterverband wird der Verbandstag geschlossen.

Preussische Landesversammlung.

Aufklärungsfilm und Agrarfragen.

Nach Erledigung kleiner Anfragen wurde ein Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik über vermehrte Kruppel- fürsorge angenommen. Ein weiterer Antrag desselben Ausschusses forderte die Verhinderung von Kufführungen von sogenannten Aufklärungsfilms. Genosse Dr. Weul legte unsere Auffassung wie folgt dar:

In der Beurteilung der Anträge der Anwohner sind wir uns einig. Der Antrag trifft jedoch nur einen ganz kleinen Auschnitt des Übels. Die Frage muß grundsätzlich gelöst werden, wenn wir Erfolg haben wollen. Was der Antrag fordert, läuft letzten Endes auf den Ruf nach verstärkter polizeilicher Zensur nach alter Art hinaus. Davon sind wir Gegner. Wir haben deshalb bereits vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, der die Kommunalisierung der Kinos und Verstaatlichung der Filmindustrie zum Ziele hat. Das sind Maßnahmen die den angestrebten Zweck sicher und vollständig erreichen.

Die Landesversammlung mit Ausnahme unserer Genossen, bekannte sich zu dem Mittel des altpreussischen Polizeigesetzes und nahm den Aufklärungsantrag an.

Dann wurde die Vertagung des Landwirtschaftstages in Aussicht genommen. Der Abg. Stendel (Dt. Sp.) schloß die Attacke gegen Braun fort. Eine sehr bedeutende Episode aus seinen Ausführungen sei besonders festgehalten. Er richtete an den Landwirtschaftsminister die Frage, wie er sich zur Sozialisierung der Landwirtschaft stelle. Aus rechtssozialistischen Kreisen wurde ihm zugerufen, das beste im Programm, worauf Herr Stendel antwortete:

„In ihrem Programm steht es. Gewiß. Aber ihre Agitatoren brauchen im Lande behaupten, daß sie gar nicht daran denken, zu sozialisieren!“ Das war ein schwerer Schlag.

Abg. Bergmann (Zentr.) muß zugeben, daß dem Verlangen des Landwirtschaftsverbandes eine Berechtigung inneohnt, aber der Schaden, den er erzeugen werde, sei größer und seine Partei möchte solchem zweifelhaften Experiment nicht zustimmen. Natürlich will sie von einer Sozialisierung erst recht nichts wissen. Dann machte er den Landarbeitern ein allerdings recht laues Kompliment, indem er bessere Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse sowie den Ausbau des ländlichen Bildungswesens wünschte. Insbesondere verweist er die Sonderinteressen der christlichen Landarbeiterorganisation. Für Gottesdienste forderte er die Einführung des Befähigungsnachweises. Besonders bemerkenswert war, wie der Zentrumsredner sich auf Goenich berief, daß der Sozialismus zu einseitig materialistisch gerichtet sei.

Genosse Kneuper riefte demgegenüber das Christentum des Zentrums und dessen Terrorismus gegenüber Andersdenkenden ins rechte Licht. Den Konserwativen hielt er vor, wie strubbellos sie Recht und Gesetz getrieben haben, wenn es ihnen in den Armpfahl.

Gegenüber der hartnäckigen Weigerung der Agrarier, ihren Arbeitern anständige Löhne zu bewilligen, wies er auf die Milliardengewinne hin, die ihnen zufließen und die in dem Weltüberfluß der landwirtschaftlichen Massen zum Ausdruck kommen. Dann bekämpfte er die vorkriegsrechtliche Preispolitik der Großgrundbesitzer, die für ihre Produkte den Weltmarktpreis festsetzen sehen möchten, wodurch die Lebenshaltung um das

Fünft- bis Sechsfache verteuert würde. Es werde dann ein Stundenlohn von 10 Mark wahrscheinlich nicht ausreichen. Der kleine Landwirt, der fast nichts verkauft, hat kein Interesse an hohen Lebensmittelpreisen, weil er billige Werkzeuge usw. braucht. Der Landarbeiter, der jahrhundertlang unter der Anleihe der Grundbesitzer gelitten habe, werde sich dieser Zwangsherrschaft empören.

Unser: Ernährungswirtschaft werde auf das schwerste gefährdet durch die verbroderliche Politik der Reichsregierung im Osten.

Wie sehr unangenehm den Konserwativen die Kennzeichnung durch unsere Redner war, ging daraus hervor, daß der Abg. Koch-Odenhausen mit ein paar Schimpfwörtern darüber hinwegging, um auf seinem Stenogramm erneut eine Attacke gegen die Zwangswirtschaft zu reiten. Dann machte er eine Milchmädchenrechnung auf, die beweisen sollte, wie gläubig das Los der Landarbeiter sei. Er rechnete aus, daß das Einkommen eines Landarbeiters, im heutigen Geldewert umgerechnet, über 4400 Mark betrage, erschwerig aber wohlweislich, daß dieser Betrag dem Marktwert entsprechend etwa mit 1000 Mark in Friedensgelde gleichzusetzen ist.

Dann nahm der Landwirtschaftsminister nochmals das Wort, nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte von den Reichstagsparteien gestellt, dann aber doch nicht von ihnen angenommen wurde. Nur die Reichstagspartei stimmte dafür!

Schließlich wurde beschlossen, eine achtstägige Ruhepause in der schweibereitenden Gesetzgebungsarbeit einzusetzen zu lassen.

Deutsche Nationalversammlung.

Freitag, den 24. Oktober.

Abg. Dr. Heinze (D. Sp.): Die Rede Dr. Geher hat uns eine auswärtige Politik gezeigt, wie sie nicht betrieben werden soll. Ein Anschlag an das völkervernünftige Ausland ist ganz unmöglich. Die ganzen Ausführungen waren von innerpolitischen Rücksichten diktiert. In der auswärtigen Politik sollten aber die inneren Gesetze schweigen. Unsere Lage ist völlig unklar. Auf die Umkehrbarkeit des Friedensvertrages muß immer wieder hingewiesen werden.

Abg. Haubmann (Dem.): Der II-Vot-Krieg hat nicht, wie der Abg. Schulz gesagt hat, zu spät begonnen, sondern die Entlassung von Tizit ist 15 Jahre zu spät erfolgt. Der Abg. Geher hat wieder gezeigt, daß er und seine Partei blind ist oder sich wenigstens blind stellt für den ungeheuren Aufschwung, den die Arbeiterklasse genommen hat. Er beschwert sich über die Gewalt und proklamiert gleichzeitig die Politik der Gewalt. Das ist die fortwährende heuchlerische Argumentation dieser Gruppe, die deshalb ganz besonders unheimlich anmutet, weil sie sich immer mit einer wehleidigen Humanität verdrückt, während sie (zu den U. S. B.) die Anwendung von Gewalt zum System erhoben haben.

Abg. Schulz-Vromberg (Zentr.): Früher haben die Freunde des Herrn Haubmanns Dismarck belächelt und ihm das Leben schwer gemacht, jetzt können sie es nicht erwarten, seine Erinnerungen zu erhalten.

Abg. Cohn (U. S. B.):

Die Behauptung des Außenministers, daß mein Freund Haase im November 1918 sich gegen Sowjetrußland ausgesprochen hat, ist unrichtig. Im übrigen müßte ein sozialdemokratischer Minister wissen, daß, was im November 1918 richtig gewesen sein mag, nach neun Monaten nicht mehr richtig zu sein braucht. Wir dürfen keine konservative Politik treiben, die mit gottgewollten Wohlstand umht. Wir müssen ein positives Programm für eine Ostpolitik schaffen. Die Funktelegraphie ermöglicht uns, gezielte Beziehungen zu Rußland aufzunehmen. Mühte man sich früher um den Osten gekümmert, so wäre heute die Johnsonung des deutschen Volkes nicht möglich, unter der wir jetzt so leiden. Was soll denn die Regierung machen, wenn sie sich weder an der Blockade beteiligen, noch die Beziehungen zu Sowjetrußland aufnehmen will? Brodorski-Kantou hat feiner als ich Hinweis für die Aufnahme der Beziehungen zu Rußland erklärt, daß sich dieses in die deutschen Verhältnisse einzuordnen suche. Rußland war der erste Staat, der das wahre Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert hat. Minister Müller kann das Richtemengungsprogramm des Großen Kantou nicht mehr aufrecht erhalten, denn die deutsche Regierung hat sich in die Randstaatenpolitik eingemengt, und wenn auch nicht Regierungspolitik, so sind doch amtliche Stellen an dieser Einmischung schuld. Trotz aller Tätigkeit des Außenministers, die ich anerkenne, wird noch immer eine Randstaatenpolitik getrieben, die eine Einmischung darstellt.

Man darf Augen- und Innenpolitik nicht voneinander loslösen. Sie stehen in enger Wechselbeziehung. Keuchere Politik ist der Ausfluß eines inneren Zustandes. Wir haben noch 250 000 russische Kriegsgefangene in Deutschland, von denen die Entente schon längst die Hand zurückgezogen hat. Lie deutsche Regierung muß daher einen Weg zu finden suchen, auf dem diese armen Leute der Heimat wiedergegeben werden können. Wenn man freundliche Bemühung gegen Sowjet-Rußland hat, und das russische Volk daran glauben machen will, muß man in dieser Angelegenheit auch einen kraftvollen Schritt zu unternehmen wagen.

Präsident Hehenbock: Sie haben erklärt, daß auf Knurrei des Abg. Haubmann antworten zu wollen. Wenn Sie sich breiter fassen, so bedeutet das, daß ihre Fraktion zur Tagesordnung zurei Redner sprechen läßt, während bedeutend härtere Reaktionen sich auf einen Redner beschränkt haben.

Abg. Cohn (U. S. B.): Nachdem sich der Präsident Gehrenbock vor den Abg. Haubmann stellt ...

Präsident Hehenbock: Ich verbitte mir beratige Unterstellungen.

Abg. Cohn: Ich muß bitten, mich nicht beratig brüßel zu unterstellen. Unter Zusehen, wenn auch nicht unter Hilfe der deutschen Regierung, arbeitet die russische Gegenrevolution in den Randstaaten. Abg. Haubmann hat erklärt, daß wir die Sabotage unterstützen, aber nicht öffentlich vertreten. Für diese Behauptung hat er keinerlei Beweise erbracht. Sollte er auch auf meine Anträge hin den Beweis schuldig bleiben, so erkläre ich das als Verleumdung. (Ordnungsruf.) Es ist schlechthin unverständlich, warum die Franzosen

so hart mit den deutschen Kriegsgefangenen umgehen.

Unter diesen Umständen muß von deutscher Seite für Winternahrung der Kriegsgefangenen vorgesorgt werden. In der Frage des Wiederaufbaus Frankreichs wurden von der deutschen Regierung schwere Unterlassungsländungen begangen. Man hat bisher keine freiwillige Arbeit in Frankreich herbeigeführt. Man hätte der französischen Regierung den Vorschlag nehmen müssen, daß sie die deutschen Kriegsgefangenen zurückhält, weil sie für Arbeit, die deutschen Arbeiter für den Wiederaufbau zu erhalten. Die Frage des Wiederaufbaus ist die Lebensfrage Frankreichs. Eine große freie Mission, um Arbeiter für den Wiederaufbau zu gewinnen, hätte veranstaltet werden müssen. Ich wende mich an meine Freunde im Ausland, an die französischen Sozialisten, und mache sie darauf aufmerksam, daß die Rückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen ein Schaden für das deutsche, wie für das französische Volk ist. Die französischen Sozialisten müssen den nötigen Druck auf ihre Regierung ausüben, damit diese Frage gelöst werde. Es ist merkwürdig, daß Herr Haubmann heute von Liebe für Rußland überfließt, während er sich im Kriege um die russischen Gefangenen nicht gekümmert hat. Die Regierung muß sich ein klares Programm schaffen, um eine Außenpolitik treiben zu können. Besonders in den Ostfragen.

Abg. Scheidemann (Soz.) erklärt dagegen dem Abg. Geher, daß feinerzeit die Volksbeauftragten einschließlich Haase einmütig abgelehnt hätten, mit der russischen Sowjet-Regierung

erneut in Beziehungen zu treten. Auch Kautsky habe sich dem aufgeschlossen. Ebenso einmütig sei beschlossen worden, die Beteiligung von Delegierten der Sowjet-Regierung am ersten deutschen Weltkongress zu verhindern.

Minister Müller: Die Verhältnisse in Rußland sind noch so verworren, daß eine klare Ostpolitik zur Zeit nicht möglich ist. Die sogenannte bolschewistische Regierung haben wir in keinem Falle anerkannt. Einen Zusammenhang zwischen Gefangenenheimkehr und unserer Verpflichtung, das zerrützte Gebiet wieder aufzubauen, gibt es für uns nicht.

Damit schließt die Aussprache, es folgen einige persönliche Bemerkungen. Der Haushaltsplan wird genehmigt.

Der Münchener Blutprozeß.

Schluß des 3. Verhandlungstages.

„Von der Ermordung zurück!“

Der Zeuge Leutnant Berger war zugegen, als die Angeklagten gegen 11 Uhr Abends von der Expedition zurückkehrten. Er hat den Eindruck gehabt, daß auch nicht ein einziges sich irgendwelcher Schuld bewußt war. Der Angeklagte Müller meinte sich dienstlich

von der Erschießung der „21 Sozialisten“ zurück.

(Bewegung.) Es sei freilich auch möglich, daß er gesagt habe: „Von der Ermordung zurück.“ Zu dieser Meldung wurde Müller daraufhin durch die Frage nach der Ursache eines Verstandes, den er an der Hand trug. Der Angeklagte war mit Rot bespritzt und hatte eine Schnittwunde an der Hand. Er schien auch angegriffen zu sein. Dem Angeklagten Kreiner war nichts nachzusehen. Auch sein Seitengewehr befand sich in der vorgeschriebenen Verfassung.

Der Elektrotechniker Kern hat beobachtet, daß die ganze Kompanie durch den Wettenuß und zu rasches Trinken angeheitert, zum Teil sogar total betrunken war. Es kommt dann noch zur Sprache, daß nach der Mordtat im Keller zwei der Angeklagten einen heimlichen Jubelstern über den Tisch ausstülten. Der Zeuge, Malwaler Staudinger, der diese Bekundung macht, erzählt, daß die beiden Soldaten sich umarmten und während des Tanzes wie die Wilden heulten. Der Zeuge hörte auch, daß Ausbrüche wie „Saufaholiken“, „Schweinchen“, „Saubayern“ usw. fielen. Der Zeuge war damals Regimentsführer und kam durch Zufall in den Keller. Er sah noch, wie einzelne Schwerverwundete wahllos mit dem Seitengewehr niedergestochen wurden und daß auch die Kleidung der Erschossenen durchsucht wurde. Auch dieser Zeuge meint, daß der Angeklagte Müller sich am bestialischsten benommen habe. Es kam dann noch zur Sprache, daß Malowski einige Tage vor der Untat auf Befehl des Hauptmanns v. Alst-Stutterheim das Kommando über zwei Mann hatte, die einen Sozialisten erschießen mußten, weil bei ihm Handgranaten und Patronen gefunden worden waren. Der Angeklagte soll danach erzählt haben, daß er schon in Berlin beobachtet sei und dort ganze Sozialistenfamilien ausgerottet habe. Malowski erklärt dazu, daß er niemals in Berlin gewesen sei.

Die Verteidigung beantragt, den bekannten Psychiater Professor Dr. Kneppeln über den Geisteszustand Müllers zu vernehmen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Schließlich kommt noch zur Sprache, daß während des ganzen Prozesses im Keller ein Reichswehrsoldat in einer Ecke die ganze Zeit hindurch friedlich schlief. Es werden dann die Vernehmungen der nicht erschienenen Zeugen verlesen, aus denen ebenfalls hervorgeht, daß insbesondere Müller und Malowski es waren, die bei dem Mord die Hauptrolle spielten. Beide hätten

die noch Lebenden mit den Stiefeln auf den Kopf getreten und geschrien: Der lebt ja noch, der muß hin. Dann wurden Seitengewehr und Dolch in Brust und Kopf der Unglücklichen gesteckt. Der Hauptmann v. Alst-Stutterheim habe wiederholt angefordert, aus dem Keller herauszugehen, aber die Angeklagten kümmerten sich nicht darum. Die Zeugen sind ebenfalls der Meinung, daß in erster Linie bayrische Soldaten beteiligt waren, daß sich aber auch Preußen darunter befinden hätten. Als jedoch Oberst Kundt, den man dahin informiert hatte, daß leblich Babern in den Keller eingebrungen seien, zunächst nach dem Babern fragte, hätten sich die anwesenden Preußen geräuschlos beiseite gedrückt. Damit wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Staatsanwalt als Verteidiger.

Staatsanwalt Dr. Nagler führte in seinem Plaidoyer aus, daß vielfach die Bluttat im Prinz-Georg-Palais in Paris geleistet wurde zu dem Geiselmord im Leipziger Gymnasium. Die Taten seien aber ganz verschiedenartiger Natur und hätten nichts mit einander gemein, als die gleiche Gewaltsamkeit bei ihrer Durchführung. Während der Geiselmord einen hochpolitischen Anschlag gehabt habe, stelle dieser den Vorgängen am Karolinenplatz vollkommen. Der Geiselmord sei eine Tat, zu der von heimtückischen Elementen bestimmte Vorbereitungen getroffen worden seien und zu deren Ausführung eine entmenschte rote Soldateska die Hand geboten habe. Hier aber stehe eine Plutokratie zur Verhandlung, die allerdings auch eine disziplinlose Horde von Soldaten vertritt, die aber sie jedoch von keiner Seite angetrieben worden sei, und für die ihre Führer nichts wußten. (Unruhe und Zurufe im Zuschauerraum.) Aus diesem Grunde habe er, der Staatsanwalt auch nicht die Anklage wegen Mord, sondern nur wegen Totschlages erhoben, denn schon vor der Beweisaufnahme habe festgestellt, daß ein ungeheurer Irrtum vorgekommen sei. Ein tief bedauerliches Mißverständnis, das mit politischen und militärischen Gründen nichts zu tun gehabt habe. Allerdings sei zu sagen, daß durch die politischen Vorgänge in München, den Mord an dem Geiselmord und die Niederlegung zahlreicher Reichswehrsoldaten durch die Rotgardisten, die in feiger und menschenverderlicher Weise vor sich gegangen sei, auch die Reichswehrtruppen schwer gereizt sein müßten.

Da sei nun die Nachricht von dem angeblichen Sozialistenkennst im Bekleidereinschhaus aufgelaucht und die ganz unbeteiligten Soldaten, welche im angegriffenen Zustand den Zug der Unglücklichen herankommen sahen, glaubten Lynchjustiz üben zu können. Bekloffe wurden hingerichtet und dazu dürfe ein Soldat niemals die Hand bieten. Auch der gemeinste Verbrecher müsse in einem Kulturstaat das gleiche Recht für alle finden, sonst ständen wir vor dem Chaos. Müller und Malowski hätten den Reichswehrtruppen eine Schlacht verlieren lassen, sie hätten ihre soldatische Ehre mit Schmutz besudelt und der jungen Reichswehr einen schweren Schlag versetzt. Die Anklage gegen die Führer der Soldaten seien unbedeutend. (Erneute Unruhe im Zuschauerraum.) Das Angeheuerliche an der Tat sei der begangene Reichsraub. Der Staatsanwalt beantragt dann die bereits gemeldeten Strafen.

Viertes Verhandlungstag.

Die Plaidoyers der Verteidiger.

Die heutige Sitzung war nur den Plaidoyers der Verteidiger gewidmet.

Zunächst sprach Rechtsanwalt Dr. Löwenfeld für die beiden Angeklagten Kreiner und Geher. In Bezug auf den ersten habe der Staatsanwalt bereits selbst die Freisprechung beantragt. Der Verteidiger führte dann aus, daß Geher nicht im Interesse seiner Kameraden damals über die Täterschaft auf das Karolinenplatz gekommen sei. Als er dann zu

seinem Gutgehen die Wahlteil mitangehen habe, habe er nicht weiter zum Kommen, als in einer Kaufmannschaft menschlichen Mitgliedschaft einem der am Boden liegenden Opfer, dem der Schödel zerfahret war und dem das Gehirn herausging, den Gnade nach zu geben. Obwohl das rechtsunzulässig gemein sei, sei es doch menschlich erklärlich. Man solle sich deshalb zugunsten des Angeklagten verwenden.

In diesem Augenblick unterbricht der Vorsitzende die Verhandlung und teilt mit, daß sich der jetzige Besitzer des Grundstücks am Karolinenplatz, auf dem die Nordhof geschah, der Kaufmann Wilhelm Harach in Berlin-Wilmersdorf, telegraphisch an ihn gewandt und folgendes mitgeteilt habe: Aus den Berichten der Berliner Zeitungen über die gegenwärtige Prozeßbehandlung habe er erfahren, daß die Angehörigen und Hinterbliebenen der bei dem unglücklichen Ereignis und Leben gekommenen und Verwundeten sich in großer Not befinden. Er wolle daher den Betrag von 50 000 M. für die erste Hilfe zur Verfügung stellen. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenfeld, führte sodann sein Plädoyer an. Nach ihm würden die beiden Verteidiger der Angeklagten Müller und Malowki, die Rechtsanwältin Kaufmann und Schriefer. Sie machten beide eine Reihe mildernder Ansätze für ihre Klienten geltend.

Der „Aufruhr“-Prozeß gegen die „Vorwärts“-Bejagung.

Das Urteil.

Die Angeklagten Haberland, Haase, Wollny, Bierst, Ostermann und Braß wurden wegen Aufschlusses an einen bewaffneten Haufen, Wollny außerdem wegen schweren Landfriedensbruchs und Braß außerdem wegen einfachen Landfriedensbruchs, Ostermann, Haase, Bierst und Ostermann zu sechs Monaten Gefängnis, Wollny zu neun Monaten Gefängnis, Braß zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Bei Haberland, Haase, Wollny, Bierst und Braß wurden die Strafen durch die Unzureichendheit als für verbüßt angesehen, dem Angeklagten Ostermann werden vier Monate fast angerechnet.

Die Plädoyers der Verteidiger.

Als erster Verteidiger sprach gestern Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld. Er wies darauf hin, daß sein Mithelfender, Rechtsanwalt Calvert trotz seines abweichenden politischen Standpunktes als Jurist mit aller Schärfe die Auffassung vertreten habe, daß Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verletzung der öffentlichen Ordnung im Januar nicht strafbar war. Dr. Rosenfeld widerlegte treffend den Staatsanwalt, der sich auf die Entscheidung des Reichsgerichts berufen hat und verweist auf den Wahrspruch der Geschworenen im Dechour-Prozeß, der in weitesten Redaktionskreisen größte Verwirrung ausgelöst habe. Dr. Rosenfeld wandte sich dann der jeweiligen Verteidigung seiner Klienten Haase, Wollny und Ostermann zu, die weder Mädelführer waren, noch sich irgendwie der Teilnahme an Aufruhr und Landfriedensbruch oder gar der Plünderung schuldig gemacht hätten.

Die Rechtsanwältin Dr. Wöhrlin und Dr. Weinberg plädieren für den Angeklagten Bierst. Rechtsanwalt Wöhrlin weist auf die Tätigkeit des Reichlichen Regierungssprechers Roland hin, der die exzessiven Kräfte am Alexanderplatz zur Verletzung des „Vorwärts“ aufgefordert habe, und drückt in diesem Prozeß wie in allen anderen Hauptverhandlungen sich seiner Zeugnispflicht zu entziehen vermacht.

Obwohl er im Dienst des Polizeipräsidenten steht. In eingehenden Ausführungen erklärte Rechtsanwalt Wöhrlin, daß der Gesetzgeber, der 1870 das Strafgesetzbuch geschaffen hat, nur die monarchische Staatsordnung schützen wollte, daß es aber den damaligen Verhältnissen gänzlich fern gelegen hat, diesen Schutz auf eine republikanisch-sozialistische Regierung auszuweiten. Rechtsanwalt Goldschmidt, der für den Angeklagten Braß sprach, unterzog die Vorunternehmung einer vernichtenden Kritik. Dieser Prozeß sei ein Schulbeispiel dafür, daß die „geheimen, inquisitorische Voruntersuchung der Krebsgeschäden unserer Rechtslage“ ist. Die Hauptverhandlung hat ergeben, daß die Angeklagten

auf Grund völlig brüchigen Materials über dreiviertel Jahre in Haft

gehalten worden sind. — Die Verteidiger beantragen Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Staatsanwaltschaftsdrat Gysae vertrat in seiner Replik erneut den Standpunkt, daß nur die gelungenen Revolutionen strafbar bleiben, während das mißglückte Unternehmen vor den Strafrichter gehöre.

Nach dreistündiger Beratung verurteilte der Obmann den Spruch der Geschworenen. Bei allen Angeklagten wird der Anschluß an einen bewaffneten Haufen bejaht, Wollny wird außerdem des qualifizierten Landfriedensbruchs unter Zustimmung mildernder Umstände und Braß des einfachen Landfriedensbruchs für schuldig befunden. Bei allen Angeklagten werden die Fragen nach Aufruhr, nach Mädelführerschaft und bei Haase nach Geheimplünderung verneint.

33. Brandenburgischer Städtetag.

Unter Vorsitz des Charlottenburger Oberbürgermeisters Scholz ist am gestrigen Freitag in Wilmersdorf der 33. Brandenburgische Städtetag zusammengetreten. Groß Berlin ist zahlreich vertreten. Zum erstenmal sind auf dem Städtetag die Sozialdemokraten stark vertreten. Unsere Genossen haben eine besondere Funktion gebildet und stellen am Vormittag des Kongresses eine besondere Sitzung ab, um ihre Stellungnahme zu den einzelnen zur Beratung stehenden Punkten festzulegen. Nach der Begrüßung der Stadt durch den ersten Bürgermeister von Wilmersdorf, Dr. Wöckel, wurde Oberbürgermeister Dr. Scholz, Charlottenburg einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt. In Wilmersdorf wurden Gehrmann, Altmann, Wobben, Stadtrat Dr. David, Rauen, Oberbürgermeister Dehlfert, Kottbus wiedergewählt, das vierte Mandat wurde dem Reichssozialisten überlassen. Der Oberpräsident von Brandenburg hatte den Reichspräsidenten Dr. Stein zum Städtetag delegiert, während der Oberpräsident von Pommern Dr. C. O., der Reichssozialist Bartels, nicht erschienen war und auch sonst nicht hätte von sich hören lassen, was in der Versammlung unangenehm auffiel.

Das erste Referat hielt der Charlottenburger Kammerer Scholz über die Reichsfinanzreform und die Städte. Die Gemeindefinanzen, besonders die Groß-Berliner, seien vor dem Kriege durch große Ausgaben für neue Bauten sehr in Anspruch genommen worden und müßten jetzt eine vollständige Umstellung ihrer Finanzwirtschaft durchzuführen, wenn sie die während des Krieges und in allerneuester Zeit entstandenen hohen Ausgaben decken wollen. Noch in diesem Jahr würden die Groß-Berliner Gemeinden eine erneute Steuererhöhung vornehmen müssen, um die erhöhten Löhne und Gehälter zu tragen. Im Reich und Staat läge es ähnlich. Mit sechs Milliarden Defizit werde Preußen 1919 abschließen. Alle Faktoren müßten zusammenarbeiten, wenn Deutschland wieder hochkommen soll. Die Städte seien dazu bereit. Bei der Teilung der zukünftigen einkünftlichen Reichssteuer dürfe aber nicht vergessen werden, daß die Städte die Grundpfeiler von Reich und Staat sind.

Nach einer kurzen Diskussion sprach der Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Bronnstr. a. O. über die Abänderung der

Städteordnung. Er empfahl dem Städtetag die Annahme von Beschlüssen, wonach die Magistratsbesetzung in aller Form aufrecht zu erhalten sei. Will man aber das Einkammerbüreau durchführen, so wolle die Rheinische Städteordnung den richtigen Weg. In der Diskussion wurde empfohlen, einen Beschluß in dieser Angelegenheit nicht zu fassen, weil das in Aussicht gestellte Gesetz im Vorlauf noch nicht vorliegt. Dem Vorschlag soll anbeimgelassen werden, eventuell eine Sonderberatung des Städtetages einzuberufen.

Landestagung der Erwerbslosenräte Preußens.

Auf Einladung des provisorischen Landesauschusses trat gestern die Landestagung der Erwerbslosenräte Preußens im Dresdner Garten zusammen. Es sind 20 Delegierte, außerdem Vertreter der Regierung, des Magistrats, des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und des Leipziger Anstellungsbüros anwesend.

Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt: 1. Wahl des Bureau, der Mandatsprüfungskommission; 2. Bericht des provisorischen Landesauschusses, Berichtshalter Genosse Post; 3. Rapport der Erwerbslosenräte-Organisation, Referent: Genosse Friebling, Hamburg; 4. Referent: Vertreter der sächsischen Landesorganisation; 5. Beratung des Organisationsplanes und der Entwürfe dazu; 6. Kriegsbeschädigte, Kriegsbeschädigte und Erwerbslose, Referent: Genosse Knoblauch; 7. Auswandererfragen; 8. Arbeitsbeschaffung, Vermittlung, Referent: Genosse Schumann; 9. Wahl des preuß. Erwerbslosenräte und den Vertreter des Reichsauschusses; 10. Verschiedenes.

Als Vorsitzende werden Genosse Post u. S. P. und König u. S. D. als Schriftführer Müller-Elberfeld und Gabriel, Schöneberg gewählt. Als Vertreter des provisorischen Landesauschusses begrüßt der Genosse Post die Anwesenden, welche zur ersten Arbeit im Interesse der Erwerbslosen zusammenkommen, herzlich. Mit treffenden Worten gelangt er die Bitterkeit der bürgerlichen Blätter, welche der Zusammenkunft politische Tendenzen unterstellen. Kein wirtschaftliche Fragen im Interesse der Arbeiter der Kräfte sollen hier besprochen werden. In dieser Zeit sei es natürlich nicht möglich, diese beiden Fragen zu trennen. Die Industrie ist durch den Aufbau während des Krieges zusammengebrochen, ebenso die Volkswirtschaft. Der größte Schaden des Landes, die Volkswirtschaft, bricht zusammen, wenn es nicht gelingt, die Erwerbslosenfrage zu lösen. Der Opfer des Krieges, denen der Dank des Vaterlandes versprochen wurde, nimmt sich niemand an. Die Leiter der Fürsorge zeigen sehr wenig soziales Verständnis, gleichfalls die Gewerkschaften, und leider habe auch der Volkswirtschaftler versagt. Den Wünschen und Forderungen der Arbeitslosen sei von der Volksverwaltung der Arbeiterräte nicht Rechnung getragen worden. Die Erwerbslosenräte haben viel für die Arbeitslosen getan, was auch von städtischen Fürsorgeämtern, Kommunen und Behörden anerkannt wird. Es muß nun eine einheitliche Organisation geschaffen werden, welche die Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven umgestalten soll. Es gilt das Bildungsproblem, die Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung im Interesse der Arbeitslosen zu fördern. Der wirtschaftliche Aufbau zum Nutzen des Proletariats, zur Stärkung desselben im Kampf zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit Hilfe des Mittelstandes benutzt werden. In Sachsen, Bayern und Baden ist diese Organisation schon vorhanden, hoffentlich wird Preußen sofort folgen.

Der vorliegende Entwurf eines Organisationsplans der Erwerbslosenräte Preußens wird dann beraten. Auf 1000 Arbeitslose kommt ein Arbeitslosenratmitglied. In keinen Orten kommt auf 500 ein Vertreter. Die Bezirke bilden einen Bezirksarbeitslosenrat, die Provinzen einen Provinzialarbeitslosenrat. Die Landestagung der Erwerbslosenräte Preußens soll das höchste Organ der Arbeitslosen im Lande sein. Ein geschäftsführender Ausschuss aus vier Genossen und einer Genossin soll gebildet werden. Die Einberufung der Landestagung soll alle fünf Monate erfolgen. Die Arbeitslosenräte sind jederzeit abberufbar. Um die Kosten zu decken, soll ein monatlicher Beitrag von 10 Pf. erhoben werden. Ein Vertreter der Kriegsbeschädigten und Kollisionsarbeiter soll sich und Stimme im Landeserwerbslosenrat erhalten. Die „Mitteilung“, welche auf dem Reichskongress als Publikationsorgan erklärt wurde, ist von allen Erwerbslosenräten zu abonnieren.

Dieser Entwurf fand einstimmige Annahme. Ebenfalls ein Zusatzantrag, welcher den Arbeitslosenräten jede Verhandlung mit der Regierung verbietet. Als Verhandlungsgegenstand kommen nur der Landeserwerbslosenrat oder der Reichserwerbslosenrat in Frage.

Genosse Knoblauch behandelte die Erwerbslosenfrage vom Standpunkt der Kriegsinvaliden, zeigte wie die Ausbeutung vor, während und nach dem Kriege vor sich geht. Der 100 Prozent Erwerbsunfähige erhält 147 M. pro Monat und wird die Rente bei Erwerbslosenunterstützung angerechnet. So steht der Dank des Vaterlandes aus. Der Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten will gemeinsam mit den Erwerbslosenräten die Interessen der Kriegsbeschädigten bei der Regierung vertreten.

Die Verhandlungen wurden hierauf am Sonnabend vertagt.

Gewerkschaftliches.

Ein neues Terrorismusmärchen des „Vorwärts“.

Unter der Überschrift „Nicht die Firma, sondern der Arbeiterschutz entzweit“ titelt der „Vorwärts“ in seiner Freitag-Vorgemitter seinen Lesern ein neues Terrorismusmärchen auf. Er berichtet, daß bei der Goldschmiedefirma Arnsheim in der Habstrasse ein seit mehreren Jahren bei der Firma beschäftigter gewesener Arbeiter auf Verreiben des dortigen Arbeiterschlusses entlassen worden ist. Als Grund sei angegeben, daß der betreffende Arbeiter nicht nach der Weise des Arbeiterschlusses lange und sich seine eigene Meinung bewahrt habe.

Wir können nun an der Hand der uns von Arbeiterschlusmitgliedern gemachten Angaben den Fall in ein anderes Licht rücken. Die Betriebsleitung verlangte wegen Materialmangel die Entlassung eines Teils der Belegschaft. In einer Betriebsversammlung kam nun ein Antrag einstimmig zur Annahme, daß der Arbeiterschlus darauf zu achten habe, daß die wirtschaftlich Stärkeren als erste zur Entlassung kommen.

Genügend den Vorschlägen der Firma machte der Arbeiterschlus nun Vorschläge, die in ihren Grundzügen nicht nur die Zustimmung der Firma, sondern auch die des Syndikats vom Arbeitgeberverband und auch eines Vertreters des Deutschen Metallarbeiterverbandes gefunden haben. Daß hierbei nicht nach der politischen Anschauung des einzelnen gesehen wurde, ist selbstverständlich. Von den 14 Vorschlägen, die der Firma gemacht wurden, sind nur zwei die der S. P. D. angehören, während drei der Unabhängigen Partei angehören und die übrigen politisch unorganisiert sind.

Der in dem Artikel des „Vorwärts“ angeführte Arbeiter ist auch nicht jahrelang, sondern erst seit Mai d. J. bei der Firma beschäftigt. Er ist aber ein Mensch von jener Sorte, die nur auf sich bedacht sind und auf andere keine Rücksicht nehmen. Unter anderem hat er sich ständig geweigert, wie seine übrigen Kollegen einen Helfer in seinen Arbeits mit zu übernehmen; er arbeitete lieber mit Hilfe eines Beschäftigten, der ihn nicht liebte; dadurch

blieb ein Mann mehr arbeitslos. In ähnlicher Weise wie er auch bei anderen Anlässen „kollektivist“.

Also nicht die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu irgendeiner Partei veranlaßte den Arbeiterschlus zu seinem Verhalten, sondern in erster Linie das unkollektivistische Verhalten des Betroffenen. Von einem „Gewissenstrog“, wie der „Vorwärts“ schreibt, kann da keine Rede sein.

Wir denken doch, daß der „Vorwärts“-Redakteur, der diesen Artikel geschrieben hat, aus seiner früheren Tätigkeit in der Werkstatt noch so viel Verständnis sich bewahrt hat, daß die Arbeiter mit solchen „Kollegen“ nicht extra zusammen arbeiten. Früher hatten sie wenig oder gar keinen Einfluß darauf, aber heute, wo sie ein Wort mitzureden haben, stellt sich der „Vorwärts“ zu und kommt, daß der Arbeiterschlus bei Entlassungen einen großen Einfluß ausübt. Selbst er die Herren von früher schreit wo Schmarotzer waren sagen, während freiwillige Männer nirgends festen Fuß fassen konnten?

Streik in der Herrenmähbranche.

In der Klasseneinstellung des Reichsstarfs konnte für die Berliner Firmen keine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzielt werden, da die Unternehmer sich zuletzt weigerten, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen. Auf ein ihnen von den Arbeitnehmern gestelltes Ultimatum haben sie antwortend geantwortet.

Eine Versammlung der Herrenmäherschneider beschloß daher gestern abend in geheimer Abstimmung mit 906 gegen 85 Stimmen, daß heute mittig in allen dem Deutschen Arbeitgebetverband angehörenden Firmen die Arbeit einzustellen.

Streik der Korbmacher.

Die im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisierten Korbmacher Groß-Berlins haben, nachdem sie mit den Unternehmern mehrere Wochen verhandelt, eine Forderungszusage von 25 Pf. vom 22. September, sowie 10 Pf. vom November und 3 Tage Ferien für alle Beschäftigten nicht erreichen konnten, am Montag die Arbeit eingestellt. Die Ortsverwaltung des Korbmacher-Verbandes, sowie der Reichsverband der Innungen hatten diese Forderungen der Branchenkommission bereits zugestimmt oder die Gesamterversammlung der Unternehmer hat sie abgelehnt.

Vor allem sind es die Unternehmer der Grünbranche, welche erklären, der Korbmacher kann sich mit anderen Berufen nicht vergleichen und dasselbe beanspruchen, was Arbeiter anderer Berufe verdienen. In der Tat geben auch die Arbeiter dieser Spezialbranche (Korbweber usw.) mit 80—100 000 Mark pro Woche nach Hause. Die Firma Franz Müller, Spandauer Straße 88, zahlt ihren Arbeitern den herrschenden Wochenlohn von 50—60 Mark. Die Firma erhält Aufträge von der Reichs- und anderen Behörden. Es muß verlangt werden, daß bei solchen Vergebungen auch die Vertreter der Arbeiter gehört werden.

Die Korbmacher sind entschlossen, den Kampf mit den Unternehmern energig fortzuführen.

Streik der Leitergerüstbauer bei der Firma L. Altmann.

Der Tarif im Bauwesen ist ab 1. 10. um 40 Pf. pro Stunde erhöht. Diese Erhöhung der Löhne mochten sich auch die Leitergerüstbauer zu eigen. In der Verhandlung mit den Unternehmern am 8. Juni d. J. ist das Jugendverbot gemacht worden, daß bei weiterer Steigen oder bei Herabsetzung der Löhne für Maurer, Dachdecker und Zimmerer auch die Leitergerüstbauer entsprechend nachsteigen oder erniedrigt werden sollen. Schmalde Berliner Firmen haben bereits die vereinbarten Löhne zum Vertrag im Bauwesen. Nur die große Firma L. Altmann u. Co., Charlottenburg, Tegeler Weg, muß wieder einmal einen Aufseher machen. Trotz Versprechen und Ehrenkündigung Herrn L. Altmann hält festiger den Tarifvertrag nicht ein. Die dort beschäftigten Leitergerüstbauer und Platzarbeiter haben sich am Donnerstag eingehend mit der Lohnfrage beschäftigt. Das Resultat ergab den einstimmigen Beschluß, die Arbeit am Freitag, den 24. 10. fest, einzustellen.

Alle im Verufe beschäftigten Leitergerüstbauer Berlins und Umgebung werden auch Stellungnahme zum Streik bei der Firma L. Altmann u. Co. zu einer Versammlung am Sonntag vorm. 10 Uhr, bei Robert Siebert, Rummelsburg, Schiller- und Hansstraße, eingeladen.

Die Löhne im Leitergerüstbauergewerbe betragen ab 1. 10. 19 für Poliere pro Stunde 3,45 M., für Leitergerüstbauer pro Stunde 3,20 M., für Platzarbeiter pro Stunde 3 M.

Die Vorstandswahl der Maler.

Eine überfüllte Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Maler beschäftigte sich am Donnerstag mit den Wahlen der Angeordneten. Kaiser und Dudde verlangten Anhänger des revolutionären Räteplans an die Spitze des Verbandes. Dem widersprachen Nioh und Nioch. Die Politik müsse dem Gewerkschaften fernbleiben. Zum ersten Bevollmächtigten wurde Niohler (S. P. D.) mit 543 Stimmen gewählt. Der bisherige erste Bevollmächtigte Nioch (S. P. D.) erhielt 81 Stimmen. Als weitere Angestellte wurden gewählt: Drendel (S. P. D.) mit 80 und Bohne (S. P. D.) mit 512 Stimmen. Niohler (S. P. D.) erhielt 124 Stimmen. Es war ein glatter Zusammenbruch der von der bisherigen Leitung betriebenen rechtssozialistischen Politik und der Arbeiterschlus.

Kollege Wöhler gab dann den Bericht über die bis herigen gentraien Verhandlungen über eine weitere Forderungszusage. Der Schiedsspruch sehe für Berlin eine Zulage von 40 Pf. pro Stunde vor. Bis zum 30. Oktober haben beide Parteien zu ihrer Stellung zu nehmen. Auf Vorschlag von Nioch befristet die Versammlung dem Schiedsspruch zuzustimmen mit der Motivierung, diese Zulage als Wohlgefühlszulage zu betrachten. Der Vorstand wurde beauftragt, über eine weitere Lohnsteigerung mit den Unternehmern in lokale Verhandlungen einzutreten. Weiter macht Kollege Wöhler Mitteilung über vorbereitende Maßnahmen mit den anderen Bauarbeiterorganisationen wegen Schaffung eines Industrieverbandes. Der Volkswirtschaft habe zu Freitag die beteiligten Organisationen zu einer Besprechung zusammenzurufen, so daß mit der Verwirklichung dieses Gedankens in Kürze zu rechnen sei. Nach einer längeren Diskussion beschloß die Versammlung, die Veranlassung der Ortsverwaltung mit der Vertretung bei diesen Verhandlungen zu beauftragen. Nachdem noch Kollege Drendel über den Metallarbeiterstreik berichtet hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Buchbinder-Verbandes nahm nach einem Vortrag des Genossen Sommerfeld über das Betriebsratsgesetz ein Referat des Genossen Fricke über die Rätepolitik der Groß-Berliner Arbeiterschaft entgegen. Im Hinblick in die Produktionsweise zu nehmen, sei es notwendig, die Bildung der betreffenden Betriebsräte zu leben. Es ist eine Gruppe: „Graphische Industrie“ geplant, um in die Reihen der Buchbinder und Bemessenen die Aufklärung zu bringen. Nachdem in der Diskussion die Ausführungen des Referenten unterstrichen, wies dieser im Schlusswort einige Einwendungen zurück und verlangte, daß die Anhänger der S. P. D. in der Arbeiterschaft endlich aufhören, den Führern, die ihr Programm vertreten, nachzulaufen, denn wäre eine Einigung schnell zu erzielen. — Die Betriebsräte finden nach dem Beschluß des Verbandstages nach dem Verhältnismaßstab statt. Es sind zwei Listen eingegangen. Eine Kommission aus sieben Personen wurde gewählt, die die eingegangenen Bewerbungslisten als Hilfsarbeiter und Angestellte prüfen soll. Ein Antrag, eine einmalige Extramarke von 2 Mark für männliche und 1 Mark für weibliche Berufsangehörige auszugeben, wurde einstimmig angenommen. Es soll damit eine Betriebsratsunterstützung der arbeits-

ihnen Kollegen bestreut werden. Sie span forberte die Jugendlichen auf, ihre Vertreter nächsten Mittwoch abend nach dem Bureau zu senden.

Oesterreichischer Gewerkschaftslongreß. Die oesterreichische Gewerkschaftskommission, jetzt Gewerkschaftsorganisation Deutsch-Oesterreichs, beruft den I. oerentlichen deutsch-oesterreichischen (VII. oesterr.) Gewerkschaftslongreß zum 1. Dezember nach Wien ein.

Statut des Bezirksverbandes der U. S. P. D. Berlin-Brandenburg.

(Sitz Berlin).

Angenommen auf der Verbandsgeneralversammlung am Sonntag, den 5. Oktober 1919.

Die Grundlage der Organisation bildet der Ortsverein. Je nach den Verhältnissen können mehrere Orte einen gemeinsamen Ortsverein bilden.

Die gesamte Verwaltung gliedert sich in Geschäftsleitung und Aktionsrat.

Der Aktionsrat arbeitet in enger Fühlung mit der Geschäftsleitung.

Geschäftsleitung.

1. Ort. Der Ortsverein bestimmt seine Leitung selbst. In der Regel sind erforderlich:

- 2 Vorsitzende,
- 1 Schriftführer,
- 1 Kassierer,
- 3 Revisoren.

2. Distrikt. Die Geschäftsleitung des Distrikts wird durch die Obleute der Distriktsräte (siehe nebenstehend) ausgebildet.

3. Bezirk. Die Geschäftsleitung des Bezirks entspricht der des Ortes.

Die Wahl der Bezirksfunktionäre, einschließlich der besoldeten, erfolgt durch die Bezirks-Generalversammlung. Ordentliche Bezirks-Generalversammlungen finden vierteljährlich statt; außerordentliche sind von der Geschäftsleitung nach eigenem Ermessen oder auf Antrag von 1000 Mitgliedern des Bezirks einzuberufen. Anträge zur ordentlichen Bezirks-Generalversammlung müssen 4 Wochen vorher dem Bezirksvorstand eingereicht werden. Dieser hat alle eingelaufenen Anträge sowie die Tagesordnung 14 Tage vor der ordentlichen Bezirks-Generalversammlung den Orten bekannt zu geben. In der Bezirks-Generalversammlung haben Sitz und Stimme:

- alle Delegierten der Orte (für jedes angefangene Fünftausend der Mitglieder je einen);
- die Bezirksräte (s. unten);
- die Bezirks-Geschäftsleitung;
- die Bezirkssekretäre haben beratende Stimme.

Aktionsrat.

1. Ort. Zur Erreichung höchster Leistung auf allen Arbeitsgebieten werden nach Bedarf und vorhandenen Kräften Kommissionen (Ortsräte) gebildet.

Für großstädtische Verhältnisse kommt in der Regel in Frage:

- 1. Frauenarbeitskommission. (Sozialfürsorge, Agitation, Sonderschulung).
- 2. Agitationskommission.
- 3. Politische Kommission (innere und äußere Politik).
- 4. Kommunale Kommission.
- 5. Gewerkschafts- und Rätekommision.
- 6. Bildungskommission.
- 7. Schiedskommission.

2. Distrikt. Zur Vereinfachung der Aktionen werden die Orte zu Distrikten zusammengefaßt. Aus den Ortsräten werden durch Delegation nach den Größtenverhältnissen der Ortsvereine Distriktsräte gebildet.

3. Bezirk. Mehrere Distrikte bilden einen Bezirk. Aus den Distriktsräten werden durch Delegation gemäß den Mitgliederzahlen der Distrikte Bezirksräte gebildet.

Bezirksverband.

Dem Bezirksverband sind angeschlossen die unter eigener Verwaltung stehenden Bezirksorganisationen:

- I. Wahlbezirk 3 = Stadt Berlin.
- II. " 4 = Potsdam.
- III. " 5 = Potsdam (Zehlendorf-Beeskow-Starkow).
- IV. " 6 = Frankfurt a. O.

Geschäftsleitung. Dieselbe besteht bis auf weiteres aus 25 Mitgliedern.

Die Geschäftsleitung des Bezirksverbandes entspricht der des Bezirks.

Die Wahl der Verbandsfunktionäre einschließlich der besoldeten erfolgt durch die Verbandsgeneralversammlung. Ordentliche Verbandsgeneralversammlungen finden halbjährlich statt; außerordentliche werden von der Geschäftsleitung nach eigenem Ermessen oder auf Antrag von 2 Bezirken oder 5000 Mitgliedern einberufen. Anträge zur ordentlichen Verbandsgeneralversammlung müssen 4 Wochen vorher dem Verbandsvorstand eingereicht werden. Der Verbandsvorstand hat alle eingelaufenen Anträge nebst der Tagesordnung 3 Wochen vor der ordentlichen Verbandsgeneralversammlung den Bezirken bekannt zu geben. In der Verbandsgeneralversammlung haben Sitz und Stimme:

- alle Delegierten der Bezirke. Auf jeden Bezirk entfallen gemäß seiner Mitgliederzahl sowie Mandate, daß die Gesamtzahl der Delegierten 300 nicht übersteigt;
- die Verbandsräte (s. unten);
- die Verbandsgeschäftsleitung;
- die Verbandsssekretäre haben Sitz jedoch keine Stimme.

Aktionsrat. Derselbe besteht bis auf weiteres aus 25 Mitgliedern.

Der Bezirksverbandsrat. Aus den Bezirksräten werden durch Delegation die Bezirksverbandsräte gebildet. Alle Wahlen und Delegationen erfolgen auf jederzeitigen Widerruf.

Sachverständige Parteigenossen, besonders Abgeordnete, Gemeindevorsteher, Arbeiterräte, Gewerkschafts- und Konsumgenossenschaftsvertreter und Mitglieder der Jugendorganisationen sollen zu den Beratungen der entsprechenden Kommissionen hinzugezogen werden. Sie haben nur beratende Stimme.

Kassenverhältnisse. Der Beitrag beträgt:

- für männliche Mitglieder pro Monat M. 0.80
- wöchliche " " " " " 0.80
- Eintrittsgeld allgemein " " " " " 0.50

In die Bezirksverbandskasse werden bei Entnahme von Marken 50 Prozent verrechnet.

50 Prozent der Einnahmen vom gesamten Markenumsatz verbleiben in den Bezirksorganisationen zur Regelung aller geschäftlichen und agitationsmäßigen Angelegenheiten der Bezirksorganisation.

Genirale Flugblattausgabe und anderes Aufklärungsmaterial laut Beschlüsse der Verwaltungskörperschaften erfolgen durch die Bezirksverbandskasse.

Rassenprüfung. Die Revisoren haben die Pflicht, die Rasse mindestens vierteljährlich einmal zu prüfen. Nach Schluß des Geschäftsjahres findet eine Generalsprüfung statt.

Den Revisoren steht das Recht zu, jederzeit in die Kassensbücher Einsicht zu nehmen.

Groß-Berlin.

Sturm in der Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung.

In der Sitzung am Donnerstag kam es zu gewaltigen Stürmen in der Stadtverordnetenversammlung. Grund dazu bot ein Antrag des Magistrats, welcher lautet:

„Eine Kontrolle der städtischen Verwaltung durch Volkskommissare wird nicht mehr für erforderlich gehalten. Mittel für die Bewilligung werden nicht mehr zur Verfügung gestellt, ebensowenig sind diesen städtische Büroräume weiter für ihre Tätigkeit zu überlassen.“

Zu gleicher Zeit legte eine öffentliche Volksversammlung in den Vorhöfen, die sich mit dieser Frage beschäftigte. Diese ansahnte eine Kommission, welche verlangte, an den Verhandlungen mit teilzunehmen und in die Debatte einzugreifen. Herr Justizrat Schachtel widersprach diesem Verlangen. Die Mehrheit der Stadtverordneten stimmte dem zu. Der Genosse Hentrich teilte das Verlangen der Volksversammlung mit und legte eine Entschädigung vor, in welcher weitere Mittel für die Arbeiter errichtet werden. Unser Genosse Thurn rechnete scharf mit den Rechtssozialisten ab, da diese die indirekten Urheber der Magistratsvorlage sind, aber aus Feigheit sich hinter den Magistrat verstecken.

Herr Stadtrat Baranowski — eine Leuchte rechtssozialistischer Weisheit — versuchte die Vorlage des Magistrats zu verteidigen und erklärte, da die Demokratisierung durchgeführt ist, wäre eine Kontrolle nicht mehr notwendig. Durch Zwischenrufe auf die Demokratie im neuen Deutschland unter Rostke aufmerksam gemacht, rief er aus: Wir sind stolz, einen Rostke zu haben. Dieser Auspruch rief eine gewaltige Empörung bei den Vertretern der U. S. P. D. und auf der Tribüne, die dicht besetzt war, hervor und hinderte auf mehrere Minuten hin am Weiterreden. Der Vorsteher war gegen diese Erregung machtlos. Baranowski erklärte weiter, wir wollen nicht die Arbeiterräte beseitigen, sondern nur keine Mittel mehr für diese bewilligen.

Vor dem Rathaus hatte sich eine gewaltige Volksmenge angesammelt, deren Wut auf das Rathaus in den Sitzungssaal schallte. Die Redner der Rechtssozialisten erklärten, daß sie aufrichtig bedauern, daß der Magistrat nicht schon früher diese Vorlage eingebracht habe und kündigte den Kampf gegen die U. S. P. D. an. In der vorgenommenen namentlichen Abstimmung wurde die Vorlage des Magistrats mit 33 Stimmen gegen die der U. S. P. D.-Fraktion angenommen. Laute Pfuirufe wurden auf der Tribüne laut. Unsere Fraktion sowie unsere Magistratsmitglieder verließen unter lauten Bravourrufen der Tribüne die Sitzung, nachdem sie gegen die zweite Beratung der Vorlage Einspruch erhoben hatten. Eine gewaltige Erregung beherrschte die Versammlung. Die Volksmenge drang in den Sitzungssaal ein und gab ihre Beratung den Rechtssozialisten gegenüber zu diesem Verort kund.

Der Arztelbstmord im Rettungswesen beigelegt.

Zur Schlichtung der zwischen dem Groß-Berliner Verband für das Rettungswesen und den Rettungssärzten schwelenden Differenzen war, wie berichtet, die Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Wermuth angestrichen worden. Unter seinem Vorsitz hat kürzlich eine Verhandlung stattgefunden, an der Vertreter des beteiligten Verbandes und Vertreter der Groß-Berliner Vertragskommission teilnahmen.

Dank dem Entgegenkommen des Verbandes wurde sehr bald eine Einigung über die wesentlichen Streitpunkte erzielt und zwar auf folgender Grundlage: Bis zu einer etwaigen Neuregelung des ärztlichen Dienstes beim Rettungswesen, die infolge des Ueberganges des Rettungswesens auf Groß-Berlin eintreten könnte, werden die 3 J. beim Rettungswesen tätigen Ärzte weiter beschäftigt werden. Es wird ein paritätisches Schiedsgericht zur Schlichtung aller entstehenden Streitigkeiten eingesetzt. Zwei im Rettungsdienst tätige Vertreter der Rettungssärzte sollen an den Sitzungen des Verbandsausschusses des Groß-Berliner Verbandes für das Rettungswesen mit beratender Stimme teilnehmen. Als Honorar werden die von der Groß-Berliner Vertragskommission gewünschten Sätze ab 1. Oktober bewilligt.

Mit dieser Lösung, die dem Interesse aller Beteiligten gerecht wird, dürfte ein dauerndes gedeihliches Zusammenwirken zwischen dem Groß-Berliner Verband für das Rettungswesen und den bei ihm tätigen Ärzten gesichert sein.

Achtung! Lazarettkassen!

Heute, den 25., nachmittags 3 Uhr, findet eine Versammlung sämtlicher Vertrauensleute der Lazarettkassen im Brunnengarten, Brunnenstr. 150 statt.

Reichskommission der Lazarettkassen Deutschlands.

Haupt, Altmser.

Die neuen Brotpreise.

Für die zum Lebensmittelverband (Volkswirtschaftsgemeinschaft) Groß-Berlin gehörenden Gemeinden und Gutsbezirke wird jetzt eine neue Verordnung veröffentlicht, wonach Großbrot aus im Gewicht von 2000 Gramm, Kleingebäck nur im Gewicht von 500 Gramm, Krankebrot nur im Gewicht von 1850, 1000 und 800 Gramm hergestellt werden darf. Der Brotpreis darf im Kleinhandel nicht übersteigen: für Großbrot im Gewicht von 2000 Gramm 1,60 Mark, für Kleingebäck von 500 Gramm 5 Pfg., für Krankebrot im Gewicht von 1850 Gramm 1,85 Mark. Der Weibpreis darf im Kleinhandel nicht übersteigen: für ein Pfund Roggenmehl, 82 Prozent ausgemahlen, 42 Pfg., zu 94 Prozent ausgemahlen, 38 Pfg.; für ein Pfund Weizenmehl, zu 50 Prozent ausgemahlen, 46 Pfg.; zu 94 Prozent ausgemahlen, 42 Pfg.; für ein Pfund Krankebrot (Weizenmehl zu 65 Prozent) 50 Pfg. und für ein Pfund Gerstentmehl, zu 75 Prozent ausgemahlen, 44 Pfg. Die Verordnung tritt am nächsten Montag in Kraft.

Keine Beschlagnahme der Jugendheime für Notwohnungen.

Der Hauptausschuß für Arbeitsbildungen hat in einem Schreiben an das Wohlfahrtsministerium der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß benutzte Jugendheime von den Wohnungsämtern zur Einrichtung von Notwohnungen beschlagnahmt würden und damit die gerade in gegenwärtiger Zeit bringend notwendige Jugendpflege stark beeinträchtigt werden könnte. Der Minister für Volkswohlfahrt hat nunmehr die Regierungspräsidenten in einem Erlass ersucht, auf die Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie von der Beschlagnahme benutzter Jugendheime zu Notwohnungen Abstand nehmen oder Beschlagnahmen, wo sie bereits erfolgt sind, wieder aufheben, da jede Beeinträchtigung der Jugendpflege unbedingt vermieden werden muß.

Renitente Köniastreue Soldaten.

Uns wird berichtet: Ich passierte am Mittwoch abend um 8 Uhr die Linienstraße und begegnete an der Ecke Brenzlauer Straße einer Kompanie Soldaten mit schwarz-weißen Fahnen, die mit Musik in der Richtung nach dem Schönhauser Tor marschierten. Ein Mann in den 30er Jahren führte sich mit Wut auf die schwarz-weißen Fahnen, das sind wohl noch Königs-

treue. Einige Soldaten traten darauf aus Reih und Glied und ließen mit Gewehrköpfen auf den Mann ein, daß er zu Boden fiel und nahmen ihn noch mit. Ueber sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt. Ein Schutzmann, der zwar zur Stelle war, konnte gegen die Ueberfälligkeiten der Soldaten nichts tun.

Das unerhörte rohe Vorgehen der für ihre königstreue Gefinnung demonstrierenden Soldaten gegenüber Andersdenkenden ist charakteristisch für unser „republikanisches“ Zeitalter.

Das „freie“ Deutschland.

Der Schriftsteller Julian Vorwardt hatte im Auftrage des „Propaganda-Vereins für Internationalen Kommunismus“ eine Reihe wissenschaftlicher Vorträge übernommen. Am Mittwoch erschien plötzlich im Unterrichtslokal ein Leutnant mit sechs bis an die Knie bewaffneten Polizeitruppen und verbot ohne weiteres die Abhaltung dieses Kurzes. Einen schriftlichen Auftrag hatte er nicht. Wer hat nun diesen Herrn beauftragt, diesen rein wissenschaftlichen Kurzes zu verbieten? Es ist doch fast unglücklich, daß von „höherer Stelle“ diesem Herrn dieser Auftrag erteilt worden ist. Solche Kurze, die in der Arbeiterbildungsschule und von anderer Seite abgehalten wurden, waren nicht einmal während des Krieges verboten. Wie lange werden wir solchen Dingen, die das „freie“ Deutschland in der ganzen Welt diskreditieren, noch zusehen müssen?

Die Berliner Feuerwehr städtisch. Auf eine Anstöße des Ministers des Innern hat der Magistrat sich zu der Uebernahme der Feuerwehr in städtische Verwaltung bereit erklärt.

Geradezu unerträgliche Verhältnisse bestehen zwischen Berlin und dem Vorort Grünau. Die Käge nach Grünau sollen nach sieben Uhr abends stündlich verkehren. Es ist aber zur Regel geworden, daß mindestens ein Zug ausfällt. Eineinhalbstündiges bis zweistündiges Warten ist für die nach Grünau fahrenden keine Seltenheit. Darunter müssen auch die zwischen Grünau und Baumshuldenweg Wohnenden leiden. Wenn nicht genügend Maschinen vorhanden sind, die für lange Strecken sich eignen, warum richtet man dann nicht zwischen Niederhönowweihe und Grünau einen Pendelverkehr ein, wie er vor Jahren bestanden hat? Die Gefahr des Siegenbleibens der Maschinen würde dadurch bedeutend herabgemindert. Die Eisenbahndirektion sollte sich mit den Verhältnissen der Grünauer Strecke einmal gründlich beschäftigen.

Keine Verlängerung der Vorfenzzeit. Auf die vom Kugelmeynen Verband der Deutschen Bankbeamten am 6. Oktober erlassene Warnung, die Vorfenzzeit zu verlängern, hat nunmehr der Vorkensvorstand mitgeteilt, daß eine Verlängerung jetzt nicht mehr beabsichtigt ist. Dies wird von den schwer überlasteten Bankangestellten mit Genugtuung begrüßt.

Lebensmittellisten.

Berlin. Kleebeertüte: Als Dienstag in dem Bezirk des 85. Brotkommision, bis Mittwoch in den Bezirken der 98., 99., 100., 101., 102., 103. und 104. Brotkommision 125 Gramm Klee. — Auf die 1/2 Liter-Krankenkarte wird Sonntag und Mittwoch nur 1/2 Liter Vollmilch abgegeben.

Schneeberg. Bis 28. Oktober Voranmeldung für 250 Gramm Suppen 150 Gramm ausl. Hülsenfrüchte, 250 Gramm Marmelade. Ausgegeben werden in der nächsten Woche 250 Gramm ausl. Weizenmehl, Reisemehl und Reisflocken sind marktfrei in allen Kolonialwarengeschäften erhältlich. In den Brotkommisionsbezirken 4 und 5 bis Dienstag, in den Bezirken 3 und 6 bis Mittwoch, den 29. Oktober, 125 Gramm Jauk- oder Tüfster Klee.

Spanbau. Auf Feld 318 der Lebensmittelkarte sind noch grüne Erbsen zu haben. Das Feld verliert ab Montag seine Gültigkeit.

Umkow. Vom Montag 500 Gramm ausländische Hülsenfrüchte zum Preise von 1,25 M.

Jahresgaben. Heute Sonnabend 165 Gramm Bohnenmehl, 200 Gr. Gemüse-Trockenkonzerne, 140 Gramm Macarone, 80 Gramm Bällger, bei den Bäckernmeistern Wucke und Brauer für Kinder bis zu 14 Jahren 2 Pakete und Erwachsene über 70 Jahre 3 Pakete Zwieback.

Gleitsche (Nordbahn). Vom Freitag, den 31. d. M., ab 600 Gramm Marmelade, 150 Gramm Kartoffelstärke und 200 Gramm Roggenmehl anstelle des auf Feld 38 auszugebenden Gerstentmeis. Für werdende Mütter: 1500 Gramm Weizenmehl für Mütter; 1000 Gramm Weizenmehl für Kinder im 1. Lebensjahre; 750 Gramm Weizenmehl für Kinder im 2. Lebensjahre; 500 Gramm Weizenmehl. Die Ausgabe sind im Gemeindevorstand zu beantragen. Anmeldung bis Mittwoch.

Stoaken. Am Sonnabend gelangen zum Verkauf: 60 Gramm Auslandsbrot auf Abschnitt 3 der Feldkarte, 500 Gramm Bohnen auf Abschnitt 10 der Lebensmittelkarte, 200 Gramm Haisflocken auf Abschnitt 11 der Lebensmittelkarte.

Aus den Organisationen.

Zweiter Distrikt. Lesabend Montag, 7 1/2 Uhr, Gemeindefschule Winterfeldstr. 16, Oberklasse, 1 Tr.

3. Distrikt. Montag abends 7 1/2 Uhr Frauenabend im Lokal von Böttner, Sauerstr. 66. Vortrag der Genossin M. Grumach und allgemeine Ansprache.

4. Distrikt. Heute abend 7 Uhr Wittenwalder Straße 87 Volksheerabend. Gäste willkommen. Streikende, Arbeitslose gegen Ausweis freien Eintritt.

4. Distrikt. Montag abend 7 Uhr gemeinsamer Lesabend. Schulaula Reichensberger, Ecke Forster Straße. Vortrag der Stadtverordneten Genossin Minna Reichert über: „Vor neuen Aufgaben“.

10. Distrikt. Dienstag, den 28. Oktober, abends 7 Uhr, bei Büttner, Schwedter Straße 23, außerordentliche Generalversammlung. Stellungnahme zum Parteitag. Wahl des Delegierten. Vortrag über Internationalen. Referent: Gen. Gahrke.

Charlottenburg. Aktionsrat. Abteilung Bildung. Beschäftigung der Bücher-Wandererstellung anstatt Sonnabend am Dienstag vormittag 11 Uhr, Viktorienstraße 2.

Reudahn. Sämtliche Bezirksführer wollen sich im Laufe des heutigen Tages im Parteibureau melden zwecks Entgegennahme von Mitteilungen.

Tempelhof. Montag abends 7 1/2 Uhr Frauenbildungsabend im Restaurant Stuhlmann, Dorstr. 56. Gen. Schneider. Reudahn spricht über: „Das Mittelstadium in der Befreiung“.

Friedrichshagen. Sonntag vormittags 8 Uhr vom Lokal „Büroerale“ aus Flugblattverteilung für die „Freiheit“. Alle Genossen, die noch keine Flugblätter haben, werden ersucht, zu erscheinen. Es sollte jede Genossin und jeder Genosse an dieser wichtigen Agitationsarbeit teilnehmen.

Charlottenburg. 1. Gruppe. Sonntag, den 26. Oktober, im Volkshaus, Köpenickerstr. 4, Gruppen-Vergnügen.

Vereinstalender.

Buchbinder-Verband, Karton- und Kartagen-Verband. Montag abend 8 Uhr Versammlung in den Aminhallen, Kommandantenstraße 57. — Neuheit wichtige Tagesordnung.

Deutscher Weckmeister-Verband, Fortschritts- u. Lederwaren-Weckmeister. Versammlung Montag 5 Uhr Alexanderstr. 37: Bericht der Textilkommision.

Deutscher Weckmeister-Verband, Angestellte der Wagen- und Koffertreiber-Verbanden. Versammlung Montag 7 Uhr Königsplatz-Kassino, Alexanderstr. 21.

Theater- und Kinoangestellte. Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 18, Mitglieder-Versammlung.

Freie Jug. Delegierte des U. S. P. D. D. D. Montag 7 Uhr Lokal Kempin, Tüfster Straße 85, Ecke Weidenweg.

Volkshaus. 3. Veranstaltung der revolutionären Jugend, Sonntag Philharmonie, 4 Uhr, Schubert. Eintritt 1,50 M. Für Streikende und Hungerperle 1 M. Karten an der Kasse.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Berlin 1. Sonnabend abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Restaurant „Schneehoppe“, Köpenickerstr., Ecke Arncliffestraße.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Reudahn. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der Lindenbrüder und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 12.